

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

- Inflationskanzler Cuno gestorben
- Skandal um Hindenburg-Gut Neudeck
- Ein neuer Sieg des Muckertums
- Ozeanreise brennt!
- Demokrat und Ausbeuter
- Aus einem Moskauer Tagebuch
- Opel voran!
- Die SPD und der Breslauer Nazikonflikt

Siedlungspolitik

Das Fiasco des Versuches, den deutschen Großgrundbesitz durch dauernde direkte (Subventionen) und indirekte (Zölle) Unterstützungen zu erhalten, zwingt, um einen Versuch machen zu wollen, die deutsche Landwirtschaft, aus ihrer Krise herauszuführen, zu ihrer Strukturveränderung; zur Siedlungspolitik.

Die Siedlungspolitik, die schon in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts aus nationalpolitischen Gründen als sogenannte Grenzpolitik einsetzte, aber verhältnismäßig schwach geführt wurde, ist dann nach dem Kriege auf Grund der Siedlungsverordnung vom 20. 1. 1919 und Siedlungsgesetz vom 11. 8. 1919 wieder fortgeführt worden.

Man hat durch diese Siedlungspolitik, durch die man die Aufteilung überhaupt nicht mehr haltbarer landwirtschaftlicher Großbetriebe in Kleinbetriebe und damit für diese Betriebe die Umstellung von der Getreidewirtschaft zur Veredelungsproduktion vornahm, seit 1918 bis 1932 ca. 50.000 Siedlerstellen in verschiedenen Betriebsgrößen hauptsächlich in Pommern, Mecklenburg, Grenzmark, Schlesien und Ostpreußen geschaffen.

Die Siedleransatzverfahren geschehen in mehreren Formen, die, sei es Neubaugrundbesitzer- oder Aufstiegsiedlung, sich auf die Dauer infolge des Mißverhältnisses zwischen Aufwendungskosten für die Besiedlung und Rentabilität und dadurch entstehende Auswirkung in finanzieller und betriebstechnischer Hinsicht als ungeeignet erwiesen.

Die wesentlichste Ansatzform war die Neubausiedlung oder Standardsiedlung. Der Vorteil dieser Siedlungsform war der vollkommene Ausbau aller Gebäude. Die Wirtschaft war schlüsselfertig. Ihr Nachteil war die durch die teuren Bodenpreise verursachten hohen Besiedlungskosten. Solche Neubausiedlung, 60 Morgen groß, kostete in den Jahren 1928-1930 ca. 35.000 RM. Die Anzahlung betrug erst 15 Prozent, dann 12 Prozent und zuletzt 10 Prozent. Die Amortisierung und Zinszahlung erstreckte sich auf die Dauer bis zu 60 Jahren mit einer jährlichen Rentenzahlung von 3000 RM. Mit Steuern und übrigen Betriebskosten konnte der Siedler mit einer jährlichen Belastung seiner Wirtschaft von ca. 4000 RM bis an sein Lebensende rechnen. Diese ungeheure finanzielle Belastung, die sich durch sinkende Bodenpreise noch erhöhen konnte, führte zum Ruin jedes einzelnen Siedlers an.

Dadurch aufgeschreckt, suchte man nach Wegen zur Herabsetzung der verschiedenen Unkostenfaktoren. Die Senkung der Baukosten nahm man zuerst in Angriff. Als man im Jahre 1930 gefälligte Kulacken aus Rußland in Mecklenburg in alten, nur notdürftig ausgebesserten Gebäuden unterbrachte, nahm man das dort begonnene Werk als Vorbild für die weitere Siedleransatzung. Man wollte in Zukunft nur das für die Unterbringung von Siedler, lebendem und totem Inventar Notwendigste herrichten, und dem Siedler selbst den weiteren Ausbau seiner Wirtschaft überlassen.

Die Primitiv- oder Aufstiegs-siedlung, wie man diese Siedlungsform nannte, sollte zur „bahnbrechenden Form“ der Siedlungsbewegung werden.

Aber auch diese neue Form der Siedlungsspezialisten hatte nicht realen Boden genug. Durch die allzu große, für den heutigen landwirtschaftlichen Betrieb ungeeignete Primitivität entstanden betriebstechnische Schwierigkeiten aller Art. Man ist gezwungen, die Gebäude der Siedlerstellen in betriebstechnischer Vollkommenheit herzustellen. Um aber doch die Besiedlung fortführen zu können, schritt Brüning zu dem Versuche, mit dem gleichzeitig ein großes Siedlungsprogramm verbunden war, eine Senkung des Bodenpreises zu erreichen. Das brachte ihm den Widerstand der Großgrundbesitzer ein, die gegen die Siedlungspolitik solange nicht waren, als sie für ihre total heruntergewirtschafteten Betriebe ungeheure Abfindungen bekamen. Einer der Gründe für Brünings Sturz war sein Versuch zur Siedlungsreform, der alle Großgrundbesitzer wie ein Mann gegen ihn aufstellen ließ.

Um eine weitere Verringerung des Faktors Baukosten zu erreichen, ist man dazu übergegangen, den zukünftigen Siedler zur Arbeitsleistung bei der Herstellung seiner Ge-

Die Kriegsfurie rast!

Japan stößt mit 8 Kriegsschiffen, Tanks, Bombengeschwadern und Masseneinsatz von Truppen in China vor

Shanhaikwan gefallen

Peking, 3. Januar. (Reuter.)

WTB. Wie gemeldet wird, sollen die Japaner bei dem heutigen Angriff gegen Shanhaikwan 5000 Mann und Flugzeuge eingesetzt haben. Zugleich wurde die Stadt durch Kriegsschiffe besetzt. Die chinesische Besatzung ist 5000 Mann stark.

Shanghai, 3. Januar. (Reuter.)

WTB. Nach den neuesten Meldungen sind acht japanische Kriegsschiffe im Hafen von Tschingwangtau, 16 Kilometer südwestlich Shanhaikwans, eingetroffen.

WTB. Meldungen aus zuverlässiger Quelle zufolge ist Shanhaikwan von den Japanern eingenommen worden. Es besteht nur noch aus rauchenden Trümmerhaufen, unter denen die verkohlten Leichen von 500 Soldaten und zahlreichen Zivilisten liegen.

Von chinesischer Seite wird weiter erklärt, daß die Japaner bei den Schlußangriffen am Dienstag nachmittag auch Tanks einsetzten und unter dem höllischen Feuer der Artillerie und der Kriegsschiffe seien die Stadtmauern niedergelegt worden, so daß japanische Infanterie und Kavallerie durch die Breschen in die Stadt eindringen konnte. Es habe sich ein wilder Straßenkampf entwickelt, bei dem ein Bataillon Chinesen vollständig aufgerieben sei. Bald flackerte überall Feuer auf, unter dessen Schein es zu Nahkämpfen kam, bis die Chinesen sich außerhalb der Stadt zurückziehen mußten.

Nach weiteren chinesischen Meldungen sollen noch drei japanische Kriegsschiffe in Tschingwangtau eingetroffen sein. Sie sollen versucht haben, Marinesoldaten an Land zu setzen, was jedoch durch chinesische Truppen verhindert worden sei.

Freche japanische Heuchelei

Tokio, 3. Januar.

WTB. Das Kriegsministerium erklärt in einer Mitteilung an die Presse, daß der Kampf um Shanhaikwan von den Chinesen herausgefordert worden sei, die auf die Japaner geschossen hätten; das sei eine Auswirkung der bewußten chinesischen Politik, die darauf ausgehe, den Völkerbund zum Handeln zu zwingen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, haben die Befehlshaber der Kwantung-Armee und der japanischen Besatzung von Tientsin Anweisung erhalten, ihr Möglichstes zu tun, um der Kampf bei Shanhaikwan zu lokalisieren.

bäude heranzuziehen. Diese Verpflichtung kann sich auf die Stellung mehrerer Arbeitskräfte seitens der Siedlerfamilie erstrecken. Die Absatzkrise macht aber auch diese frommen Wünsche der Siedlungsreformer, die darauf ausgehen, eine Siedlungsform zu finden, die die Rentabilität der neugeschaffenen Siedlerstellen gewährleistet, ohne gleichzeitig die Regelung der Absatzfrage mit einzubeziehen, zu nichte.

Unter der Herrschaft des Reichsernährungsministers, Freiherrn von Braun, ist die Siedlungstätigkeit nahezu eingeschlafen. Deswegen drängen alle Siedlungsförderer auf den Rücktritt des Freiherrn von Braun, den sie als bewußten Bremsen der Siedlungsbewegung ansehen.

Schleichers Absicht ist, das von Brüning aufgestellte Siedlungsprogramm, wohl nicht aus agrarpolitischen sondern nationalpolitischen Gründen durchzuführen. Der „soziale General“ kommt aus seinem Berufsdenken nicht heraus und denkt nur an den militärischen Wert der Grenzen. Da uns die Errichtung von Befestigungen nicht gestattet ist, will er durch die Besiedlung einen lebenden Grenzwall im Osten schaffen.

Peking, 4. Januar. (Reuter.)

WTB. Wie verlautet, sollen trotz der Bewegung chinesischer Truppen in der Provinz Tschili die japanischen Militärbehörden davon überzeugt sein, daß Tschanghsuehliang nicht beabsichtige, zu kämpfen. Die hiesige japanische Gesandtschaft erklärt, daß Japan bereit sei, ein Kompromiß mit China einzugehen, falls China es ebenfalls wünsche. Aus Chharbin wird gemeldet, daß die Japaner die Stadt Pogranitschnaja, die mandschurische Endstation der ostchinesischen Bahn, besetzt haben.

Neben der beispiellosen Brutalität des japanischen Imperialismus ist sein hinterhältig verlogenes-heuchlerisches Gebaren bei allen seinen Räuhereien besonders empörend. Jetzt will er wieder einmal von China überfallen bzw. provoziert worden sein. Gleichzeitig zieht Japan seinen üblichen Schwind auf, daß es sich bemühen wolle, den Konflikt zu „lokalisieren“.

Was machen England, Frankreich, Amerika?

„Bollwerk gegen Bolschewismus“

London, 4. Januar.

WTB. Der Ausbruch neuer Kämpfe an der chinesischen und mandschurischen Grenze wird von der Londoner Presse mit Bedauern und Besorgnis (!) besprochen, doch wird der Hoffnung (!) Ausdruck gegeben, daß es sich um einen örtlichen Vorgang handle, der keine weiteren Kreise ziehen wird. Während von sozialistischer und linksliberaler Seite Maßnahmen des Völkerbundes gegen Japan zum Beispiel in Form eines Boykotts befürwortet werden, hält die konservative Presse an der Auffassung fest, daß sich jede Aktion dritter Mächte auf Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens beschränken sollte.

Erwähnenswert ist eine Äußerung des „Daily Telegraph“, Großbritannien habe keinen Grund, sich mit seinem alten und stolzen Freund (!!) und vormaligen Bundesgenossen Japan zu entzweien, „das mit Recht als

Hauptbollwerk gegen den Bolschewismus im Fernen Osten (!!) betrachtet wird“.

Paris, 4. Januar.

WTB. Die Verschärfung des chinesisch-japanischen Konfliktes nimmt die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit stark in Anspruch. Die Linkspresse, die die Völkerbundsgrundsätze durch Japan verletzt

glaubt, erwartet, daß die französische Regierung von sich aus einen Schritt unternehmen werde. Die Rechtspresse dagegen, die für Japan Partei ergriffen hatte, sucht für die jetzige Lage den Völkerbund verantwortlich zu machen.

Washington, 3. Januar. (Reuter.)

WTB. Wie erklärt wird, verfolgt Staatssekretär Stimson aufs genaueste die Lage in Shanhaikwan. Man verhehlt nicht, daß es sie als sehr ernst betrachtet.

New York, 4. Januar.

WTB. Der Berichterstatter der „Herald Tribune“ in Washington meldet seinem Blatt, die Einnahme von Shanhaikwan werde von der amerikanischen Regierung als Beginn eines neuen Eindringens der Japaner in chinesisches Gebiet betrachtet. Die Regierung, so fügt der Berichterstatter hinzu, hat bereits von neuem bestätigt, daß sie in ihrer bisherigen Politik fortfahren werde.

Man erkennt aus den vorstehenden Meldungen sehr leicht die imperialistischen Gegensätze im Lager der übrigen Großmächte. Allen, auch den auf dem rechten Flügel stehenden Imperialisten Englands und Frankreichs, ist das japanische Vorgehen in China sehr unbequem. Aber jeder der imperialistischen Räuber sieht im anderen einen noch größeren Rivale bei der Aufteilung Chinas, als es zur Zeit Japan darstellt. Es ist daher ganz unwahrscheinlich, daß es zu einem gemeinsamen Vorgehen der drei Großmächte England, Frankreich und Amerika gegen Japan kommt. Dementsprechend wird und kann auch der von diesen Mächten beherrschte Völkerbund nichts unternehmen.

Nur in einem Punkt sind alle imperialistischen Räuber einig, in der Unterstützung der japanischen Aktion, soweit sie sich als ein Vorstoß gegen die Sowjet-Union erweist.

Diese Tatsache gibt dem internationalen Proletariat eine eindeutige Richtschnur für sein Handeln und Auftreten in diesem blutigen imperialistischen Konflikt. Es muß in der ganzen Welt alle Kräfte mobilisieren, um dem japanischen Räuber in die Arme zu fallen, um Waffentransporte nach Japan zu unterbinden. Es gilt aber auch gleichzeitig, in der ganzen Welt große proletarische Massenaktionen zu veranstalten, nicht nur, um den Protest gegen das imperialistische Völkermorden zum Ausdruck zu bringen, sondern um im ganzen Proletariat die revolutionäre Kraft zu wecken, die allein imstande ist, den imperialistischen Krieg mit all seinen Greueln unmöglich zu machen. Ist auch gleichzeitig die beste Verteidigung der Sowjet-Union.

den Butterbeimischungszwang nicht behoben ist. Dafür sorgen die Spannungen zwischen Herstellungskosten der Aus- und Inlandsproduktion, Futter- und Veredelungsproduktionspreise, Produktionsfähigkeit und Aufnahme-fähigkeit des Marktes.

Ueber die durch die ungelöste Absatzfrage hervorgerufenen Spannungen, sowie über die sonstigen Verhältnisse in Siedlungsdörfern wird ein anderer Artikel berichten. Soviel kann heute schon gesagt werden, daß der Versuch, durch diese Siedlungspolitik die deutsche Agrarwirtschaft aus ihrer gegenwärtigen Situation herauszuführen, fehlschlagen wird.

Ohne eine planmäßige, nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus bestimmte Siedlungspolitik, ohne die planmäßige Einbeziehung der bäuerlichen Einzelwirtschaften in die Gesamtwirtschaft, das nur in Verbindung mit der Beseitigung der Industriekrise zu erreichen ist und nur ein Werk des gemeinsamen revolutionären Kampfes der Arbeiter und Bauern sein kann, wird jede Siedlungspolitik an ihren inneren Widersprüchen scheitern und keine Beseitigung der Agrarkrise bringen. Max Glase.

Inflations-Kanzler Cuno gestorben

Hamburg, 3. Januar.

W.T.B. Der frühere Reichskanzler Geheimrat Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie, ist im 57. Lebensjahre gestorben.

Während Cuno in der deutschen Politik vor allem durch seine Reichskanzlerschaft, die vom November 1922 bis August 1923 währte, bekannt geworden. Durch Friedrich Ebert im Reichskanzleramt berufen, war er der Mann, der im Auftrage des deutschen Kapitals eine Politik betrieb, die mit logischer Konsequenz zur Besetzung der Ruhrgebiete und zur Inflation der deut-

Achtung! Kolporteur!

Zum Jahresabschluss benötigen wir dringend die Abrechnung für Dezember. Wir bitten diese umgehend vorzunehmen und alle Restzahlungen für Dezember sofort auf das Postscheckkonto

Walter Geburt Breslau 75789

einzu zahlen. Kampfbereit!
SAZ-Geschäftsleitung

sehen Währung führte. Seine Pläne reichten sehr weit; er erstrebte die Errichtung einer Diktatur-Regierung, die Deutschlands Wiederaufrüstung, für die in der Schwarzen Reichswehr wichtige Anlagen gemacht waren, und die völlige Unterdrückung des revolutionären Proletariats verwirklichen sollte. Der Widerstand, der damals aus dem roten Mitteldeutschland, aus Teilen des Bürgertums und durch das ausländische Kapital einsetzte, hat Cunos Regierung zum Scheitern gebracht. Es folgte die Aera Stresemann. Unter Papen, der viel Ähnlichkeit mit der Persönlichkeit Cunos hat, wurde das Programm des Inflationskanzlers im Wesentlichen wieder aufgenommen.

Die Regierun gszelt Cunos umfaßt einen der wichtigsten und interessantesten Abschnitte der deutschen Nachkriegspolitik. Cuno selbst war allerdings mehr eine vorgeschobene Figur der Stinnes und Helfferich, die damals die eigentlichen Drahtzieher der deutschen Politik waren.

Die SPD und der Breslauer Universitäts-Konflikt

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat eine Anfrage zur Angelegenheit des Breslauer Universitäts-Konfliktes eingebracht. Die sozialdemokratische Fraktion führt Beschwerde darüber, daß Rektor und Senat der Breslauer Universität „in einer bisher in Deutschland einzig dastehenden Weise gegen die Freiheit der Lehre und der Meinungsäußerung eines Universitätslehrers Stellung genommen“ haben. An die kommissarische Preußenregierung wird die Frage gerichtet, was sie zu tun gedanke, um die weitere Lehrtätigkeit des Professors Cohn an der Breslauer Universität zu sichern, den geordneten Lehrbetrieb an der Breslauer Universität aufrecht zu erhalten und Rektor und Senat in ihre Schranken zurückzuweisen.

Die Empörung der sozialdemokratischen Fraktion über die Vorgänge an der Breslauer Universität darf nicht vergessen lassen, daß die sozialdemokratische Koalitionspolitik von 1919-1932 in Preußen und anderen deutschen Ländern durch ihr ständiges Zurückweichen gerade auch in den Fragen der Kulturpolitik den Boden für derartige Vorgänge bereitet hat. Schon lange vor Professor Cohn mußten zahlreiche andere deutsche Universitätslehrer und zwar wegen ihrer politischen Gesinnung von deutschen Hochschulen weichen, wir erinnern nur an Professor Nicolai, Einstein, Wehberg und viele andere, zuletzt Professor Gumbel in Heidelberg, der von einer Koalitionsregierung der SPD und des Zentrums abberufen wurde. Niemals hat die SPD links eingestellte Professoren wirksam geschützt, stets hat sie das Treiben der nationalistischen und monarchistischen Professoren geduldet.

Gerade die SPD hat also sehr wenig Berechtigung, jetzt aus dem Fall Cohn Agitationsmaterial für sich herauszuholen.

Unverschämte Drohungen der NSDAP

Berlin, 3. Januar.

Die Nationalsozialisten führen in einem Urantag im Preussischen Landtag aus, daß die Fakultät für Bauwesen der Technischen Hochschule Berlin beschlossen habe, für den nichtbeamteten Professor der Abteilung für Bauingenieure, Dr.-Ing. Schwerin, einen Lehrauftrag für Statik beim Minister zu beantragen. Befürworter sei der ordentliche Professor Dr. Reißner, der Jude sei. Schwerin sei, sicherem Vernehmen nach, ebenfalls Jude. „Um unliebsame Vorkommnisse“, so sagt der Antrag, „wie die Studentenunruhen bei der Berufung des Professors Cohn in Breslau hier in Berlin zu vermeiden, wolle der Landtag beschließen: Von der Erteilung eines Lehrauftrages an den Dr. Schwerin ist abzusehen.“

Nicole freigelassen

Genf, 3. Januar.

Der Untersuchungsrichter hat auf Grund eines ärztlichen Befundes die vorläufige Freilassung des wegen der Ereignisse vom 9. November verhafteten Nationalrates Nicole verfügt.

Skandal um das Hindenburg-Gut Neudeck

In der gesamten deutschen Presse ist eine lebhaft diskutierte Diskussion um das Gut Neudeck entbrannt. Dieses Gut wurde dem Reichspräsidenten v. Hindenburg zu seinem 80. Geburtstag geschenkt aus einer Sammlung, die auf Veranlassung des Herrn v. Oldenburg-Januschau in Kreisen der Industrie und der Großkapitalisten veranstaltet worden war. Dieses Geschenk hatte einen ganz wichtigen politischen Sinn: Hindenburg sollte durch diesen Besitz mit den Interessen der deutschen Agrarier aufs engste verbunden werden. Man weiß, daß Hindenburg seitdem in der Tat

immer die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Ostelbier in den Vordergrund gerückt

hat und bei seiner häufigen Anwesenheit auf Gut Neudeck immer stärker unter den politischen Einfluß der preussischen Junker geriet.

Über dieses Gut sind nun in den letzten Tagen einige Dinge an die Öffentlichkeit gedrungen, die ein mehr als eigenartiges Licht auf alle an dieser Schenkung Beteiligten werfen. Zunächst wurde ein Schreiben bekannt, das der Präsident des Deutschen Industrie- und Handeltages, Dr. Grund, an seine Berufskollegen (namentlich streng vertraulich) gerichtet hatte. Dort wurde mitgeteilt, daß zur Sanierung des Gutes Neudeck ständig sehr erhebliche Mittel aufgebracht worden seien, daß aber

immer noch 450 000 Mark fehlen, um das Loch ganz zu stopfen.

Die Industriellen wurden aufgefordert, in Beiträgen von 500 Mark diese immerhin beträchtliche Summe zusammenzubringen.

Noch interessanter sind Mitteilungen, die General Ludendorff dieser Tage in seiner „Volkswarte“ veröffentlicht hat. Danach ist das Gut Neudeck nicht vom Reichspräsidenten, sondern von seinem Sohn, dem Obersten v. Hindenburg, angenommen worden, der infolgedessen nach dem Tode seines Vaters keine Erbschaftsteuer zu zahlen braucht. Die Eintragung erfolgte mit Zustimmung des Reichspräsidenten. Der Oberst von Hindenburg hat aber auch keine Schenkungssteuer gezahlt. Herr v. Oldenburg-Januschau, der Manager des ganzen Unternehmens, ist nachher bei der Zuteilung von Geldern aus der Osthilfe außerordentlich begünstigt worden.

Diese Mitteilungen Ludendorffs haben begreiflicherweise den Herrn v. Oldenburg-Januschau in Harnisch gebracht. Er veröffentlichte eine Erwiderung in der „Kreuzzeitung“ und forderte Ludendorff „in der

unter Kavaliere n üblichen Weise“ zum Duell heraus! Zur Sache selbst gibt Oldenburg-Januschau zu, daß der Besitz auf den Sohn des Reichspräsidenten überschrieben sei, unter Vorbehalt des Nießbrauchs für den Reichspräsidenten selbst.

Er bestreitet auch nicht, daß für die Schenkung keine Steuern bezahlt worden sind!

Das Finanzministerium habe ihm bewilligt, daß ein Schenkungsstempel nicht erhoben werde, „angesichts der Schwierigkeiten, einen Stempel für ein Geschenk festzustellen, das tausende von Leuten in ganz verschiedenen Beträgen zusammenbrachten“. Hingegen bestreitet Oldenburg-Januschau, persönliche Vorteile gewonnen zu haben; er habe nur von den Rechten Gebrauch gemacht, die jedem Landwirt zuständen.

Nach dieser Polemik, die der nationalen und überhaupt der bürgerlichen Presse natürlich höchst peinlich ist, steht also fest, daß bei der Liebergabe des Gutes Neudeck an die Familie Hindenburg

in sehr gerissener Weise alle Steuerpflichten umgangen

worden sind. Wir überlassen den Lesern den Kommentar zu dieser schönen Geschichte!

Reventlow für Gregor Strasser

Im „Reichswart“ nimmt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow in einer Weise für Gregor Strasser Stellung, die offenbar demonstrativ gemeint ist. In einem Jahresrückblick rühmt er die Programmrede Strassers in der Frühjahrsitzung des Reichstages, die ebenso kühn wie besonnen den nationalsozialistischen Standpunkt zur Frage der Arbeitsbeschaffung entwickelt habe und erklärt, seitdem hätte für die Behebung der Arbeitslosigkeit viel getan werden können, wenn der Parteistandpunkt überwunden worden wäre. Früher oder später werde aber doch einmal der Zusammenschluß der arbeitnehmenden Bevölkerung über alle Parteistandpunkte hinweg kommen müssen. Aus einer Notiz des Blattes wird man ferner darauf aufmerksam gemacht, daß das neue Nationalsozialistische Jahrbuch in dem Abschnitt „Die Presse der NSDAP“ Reventlows „Reichswart“ nicht nennt. Aus alledem geht jedenfalls hervor, daß die Gregor Strasser-Krise in der nationalsozialistischen Partei weitergeht.

Ein neuer Sieg des Muckertums und der Reaktion

Freikörperkultur-Schule Adolf Koch endgültig verboten

Der Leiter des preussischen Unterrichtsministeriums, Professor Kachler, hat durch eine Verfügung die Körperkultur-Schule Adolf Koch für aufgelöst erklärt. Ein Verbot der Schule war bereits zum 1. November ausgesprochen worden, doch war der Schulbetrieb weitergeführt worden.

Die Auflösungsverfügung widerspricht dem Beschluß des Hauptausschusses des Landtags vom 20. Dezember, worin die Weiterführung der Adolf-Koch-Schule gefordert und die preussische Regierung ersucht wurde, entsprechende Verhandlungen zu führen. Die Leitung der Adolf-Koch-Schule stellt fest, daß sich in den verschiedenen Besprechungen kein Grund zu einer Beanstandung in pädagogischer oder sittlicher Beziehung ergeben habe. Das Verbot und die nunmehr verfügte Auflösung sind nur deswegen erfolgt, weil die soziale Tätigkeit der Schule, ihre unentgeltliche ärztliche Beratung, die unentgeltliche Abgabe von Brausebädern, Höhensonnenbestrahlungen und Gymnastikunterricht an Unbemittelte, in den Vordergrund getreten und in den Schulbestimmungen des Jahres 1839 eine solche Tätigkeit noch nicht vorgesehen sei. Etwa 4000 Mitglieder (zu einem hohen Prozent Proletariat) der Schule, zu meist Minderbemittelte, werden von der Auflösung der Schule betroffen.

Das Verbot und die Auflösung sollen also somit endgültig sein. Die bürgerlich-katholisch-feudale Reaktion feiert hier einen Sieg, der durch den gezeigten Massenprotest und die Massenaktion des Proletariats hätte verhindert werden können.

Hätten alle proletarischen Organisationen, seien es nun reformistische, revolutionäre oder ultralinke — in der Erkenntnis, daß hier von der Reaktion ein Präzedenzfall geschaffen wird — sich hier zu einer gemeinsamen Aktion zusammengefunden, das Muckertum hätte sich nicht eines so leichten Sieges erfreuen können. Alle diese kleinen Verbote von Einzelorganisationen sind nur Versuche

ballons — man wollte die Wirkung auf das Proletariat erproben. Merkt die Reaktion erst, daß das Proletariat alles kampflös hin-nimmt, dann wird sie auch zu größeren Schlägen ausholen.

(Wir wollen hier ununtersucht lassen, daß eine solche Probe bereits bei früheren Fällen, man denke an das Verbot der proletarischen Freidenker stattgefunden — und daß Massenaktionen die Antwort hätten sein müssen.)

Noch ist es aber nicht zu spät zum Protest. Und es muß gerade in zwölfter Stunde der energische Versuch gemacht werden, im Kampf gegen dieses Verbot alle Kräfte zu mobilisieren und auf dem Boden dieses Kampfes die Kräfte zu einigen. Heraus zum Protest!

Ozeanriese brennt

Die Mannschaft von Bord gegangen

Paris, 4. Januar.

Vom Leuchtturm von Le Havre wird gemeldet, daß der 40 Tausend Tonnen große „Atlantikquell“, der ohne Passagiere von Panillac nach Le Havre unterwegs war, zwischen Cherbourg und Le Havre Feuer fing und von der Besatzung geräumt wurde. Einzelheiten fehlen, doch scheint die Tatsache, daß die Mannschaft von Bord gegangen ist, zu ergeben, daß der Ozeanriese als verloren zu betrachten ist.

Sturm an der norwegischen Küste

Bergen, 2. Januar.

Die auf einer Anhöhe bei Bergen gelegene Wetterstation verzeichnete einen Sturm von 43 Sekundenmetern. Ein vierzig Meter hoher und sechzig Meter langer Kohlenkran wurde durch die Gewalt des Sturmes vom Kai ins Meer geschleudert. Auch sonst ist an der norwegischen Küste beträchtlicher Schaden angerichtet worden, namentlich im Fischereigewerbe.

Neue Konflikte in der Nazi-Polizei

Innerhalb der mecklenburgischen Ordnungspolizei herrscht, wie wir einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, große Empörung über die Art, wie die mecklenburgische Hitler-Regierung Personalpolitik macht. Die führenden Posten der mecklenburgischen Ordnungspolizei sind seit Amtsantritt der nationalsozialistischen Regierung ausschließlich mit Angehörigen der Hitler-Partei besetzt worden, während verdiente Polizeibeamte degradiert wurden. Die vorben bekannt gewordenen Jahresbeförderungen der Polizeibeamten setzen allem bisherigen die Krone auf.

Es sind nur solche Ordnungspolizeibeamte befördert worden, die Mitglieder der NSDAP sind.

Beamte, die nicht dieser Partei angehören, wurden von jeglicher Beförderung ausgeschlossen.

Unmittelbar nach der amtlichen Bekanntgabe dieser nur nach dem Parteibuch diktierten Beförderungen wurden in der Schweriner Polizeikaserne Aufrufe angeschlagen, die mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit die Beförderung der Hitler-Regierung und u. a. die früheren Strafen der Beförderung nationalsozialistischen Beamten bis ins einzelne aufführten. Dieser Anschlag war an den amtlichen Anschlagbrettern, an denen sonst die Mitteilungen der vorgesetzten Dienststellen angeschlagen sind, zu lesen. Die Anschläge wurden sofort entfernt; aber bald waren erneut dieselben Aufrufe an den schwarzen Tafeln angeheftet.

Nationalsozialistische Mordbuben bleiben frei

Eberswalde, 3. Januar.

CNB. Zwischen Anhängern der NSDAP und Kommunisten kam es, wie erst jetzt bekannt wird, am Neujahrsmorgen in mehreren Lokalen Lichterfeldes, einem Dorfe nördlich von Eberswalde, zu einer schweren politischen Schlägerei. Dabei wurde der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Lichterfelde, Kurt Jänicke, von dem 20-jährigen Landwirtssohn Fritz Franke durch einen Stich lebensgefährlich am Halse verletzt. Luft- und Speiseröhre wurden ihm durchstochen. Der Täter Franke ist Mitglied der Kyffhäuser-Jugend und Anhänger der Nationalsozialistischen Partei. Er wurde festgenommen, aber nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt, mit der Begründung.

Nazis schießen aufeinander

Magdeburg, 3. Januar.

CNB. Die Polizei hat den Mann festgenommen, der am Neujahrsmorgen den Redakteur Martin Bartholdy vom nationalsozialistischen „Neuen Magdeburger Tageblatt“ durch einen Revolverschuß schwer verletzte. Der Täter ist gleichfalls Mitglied der NSDAP und heißt Luci.

Auslands-Rundschau

Barcelona, 3. Januar.

In einem Privathause ist ein Bombenlager entdeckt worden. Man hat 185 Bomben sowie Material zur Verarbeitung von Explosivstoffen gefunden.

Budapest, 3. Januar.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird an Stelle des zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes ausersehenen Ministers des Äußeren, Dr. Puky, der Berliner Gesandte Dr. Kania zum Minister des Äußeren ernannt werden.

La Paz, 3. Januar.

Der Generalstab teilt mit, daß die bolivianischen Truppen die Nachhut der Truppen Paraguays aus dem Fort Corrales vertrieben hätten.

Para (Brasilien), 3. Januar.

Die Flotte von Columbien, bestehend aus mehreren Kanonenbooten und einem Transportdampfer mit tausend Mann unter General Cobo, hat die Fahrt den Amazonas-Strom aufwärts nach der 3000 Kilometer entfernten Stadt Leticia (Peru) begonnen.

Rio de Janeiro, 3. Januar.

Die erste brasilianische Flottendivision, bestehend aus einem Kreuzer, drei Torpedozerstörern und fünf Marineflugzeugen, ist angewiesen worden, am Mittwoch nach Tabatinga am Amazonasstrom auszulassen, um im peruanisch-kolumbianischen Konflikt die Neutralität Brasiliens zu wahren.

Warschau, 3. Januar.

Pressemeldungen zufolge wurden in den nationaldemokratischen Kreisen von Kielce zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Unter den Verhafteten befindet sich auch der frühere nationaldemokratische Sejmabgeordnete Frzybyski. Das Vorgehen der Polizei soll mit den Maßnahmen gegen das „Lager des Großen Polen“ in Zusammenhang stehen.

Wien, 2. Januar.

Wegen Vereitelung einer Zwangsvollstreckung in Admont am vergangenen Sonnabend, wurden am Montag zehn Teilnehmer eines kommunistischen Skikurses und zwar durchweg Hoch- und Mittelschüler, sowie einige Ortsbewohner verhaftet.

Der Morgen will erfahren haben, daß die Verhandlungen der österreichischen Regierung mit dem Vatikan über ein Konkordat so weit gefördert worden sind, daß der Abschluß sicherlich noch im Jahre 1933 zustande kommen wird.

Jahresbericht der Ortsgruppe Breslau der SAP

Selten ist eine Partei nach so kurzer Zeit ihres Bestehens vor eine solche Menge politischer Aufgaben gestellt worden, wie die SAP im Jahre 1932. Unsere „Freunde“, die Kommunisten und Sozialdemokraten, führten in Breslau einen ganz besonders heftigen und erbitterten Kampf gegen uns, weil es sich bei Breslau um einen der Hauptstützpunkte der so verhassten SAP handelte. Zu unserem Glück vereinigen wir in der Partei einen Stamm von Funktionären, der bei keiner Arbeiterpartei am Orte in so großer Zahl und in so großer Opferfreudigkeit zu finden ist. Trotz unserer geringen Mittel, trotz der Kürze der Zeit, die für den Aufbau der Organisation zur Verfügung stand, haben wir die politischen Aufgaben, die uns gestellt waren, erfüllt. Besonders erschwerend wirkte die wirtschaftliche Krise, die bekanntlich in Breslau ungeheuerliche Formen angenommen hat. Wirtschaftliche Verelendung hemmt natürlich den Aufbau und Aufschwung einer proletarischen Organisation. Die Erfüllung unserer Aufgabe war nur möglich bei der größten Anspannung aller verfügbaren Kräfte, und deshalb muß ganz besonders in diesem Jahre der Dank an alle Funktionäre und Mitarbeiter für ihre aufopfernde Tätigkeit an die Spitze des Jahresberichtes gestellt werden. Parlamentarische Verblendung hat uns bei den letzten Wahlen trotz dieser aufopfernden Tätigkeit nicht die Erfolge gebracht, die bei der Anerkennung unserer richtigen politischen Erkenntnis zu erwarten gewesen wären.

Für die großen politischen Aufgaben, die die deutsche Arbeiterklasse in diesem Jahre zu erfüllen hat, ist bei dem bisherigen Stand der politischen Entwicklung keine der beiden großen Arbeiterparteien in der Lage, die Führung zu übernehmen. Diese Erkenntnis gibt uns den Ansporn und die Kraft, im Sinne unserer bisherigen Politik, wie im vergangenen Jahre alle Kräfte für die Mobilisierung des Proletariats zur Lösung seiner Klassenaufgaben einzusetzen.

Einheitsfrontbewegung

Im Laufe des vergangenen Jahres schien es eine Zeitlang, als wenn wenigstens ein Teil der deutschen Arbeiterklasse, nämlich die kommunistische Partei, bereit sei, die notwendige proletarische Einheitsfront mitzuschaffen. Von unserer Seite wurde alles getan, um diese Anfänge zu einer wirklichen schlagkräftigen Einheitsfrontbewegung zu machen. Es kam zu der bekannten Einheitsfrontkundgebung mit der KPD im Zirkus Busch am 6. Mai. Am 24. Juni, durch den Naziterror hervorgerufen, zu einer gemeinsamen Protestkundgebung ebenfalls im Zirkus Busch, der am 15. Juli die große Massendemonstration durch die Straßen Breslaus folgte. Bald mußten wir erfahren, daß die KPD-Bonzenkriege mit allen Mitteln diese so erfreulichen Anfänge sabotierte. Der Bezirksleiter Widmeier wurde in die Wüste geschickt und

Paul Frölich in Breslau

Jeder Partei- und Jugendfunktionär muß den Wochenendkurs:

„Der Weg des russischen Proletariats zur Macht“

Die Taktik der Bolschewiki“ besuchen.
Wo? Heim IV, Sonnenstraße 39, Hths.
Wann? Sonnabend, 20 Uhr. Sonntag 10 Uhr (nicht wie versehentlich angegeben 15 Uhr).
Eintritt für beide Veranstaltungen zusammen 15 Pfg. SJV Breslau.

der neue Bezirksleiter erreichte nach kurzer Zeit, daß jegliche Einheitsfront-Bestrebungen zerschlagen waren. Die SPD mit der Eisernen Front brauchte natürlich keine Einheitsfront des Proletariats, weil sich selbst die größten Pessimisten in ihren Reihen noch keine Vorstellung machten, mit welchen Mitteln das deutsche Bürgertum ihre politische Liebedienerei und Schmarotzerei in der zweiten Hälfte des Jahres beantworten würde. Wir werden trotzdem, nicht aus Liebe zur SPD oder KPD, sondern aus nüchternem politischen Erkenntnis, bei jeder sich bietenden Gelegenheit für die Bildung der Einheitsfront der gesamten Arbeiterschaft eintreten. Durch die Stimmzettelerfolge der KPD in den letzten Wahlen ist sie in der angeblichen Richtigkeit ihrer Politik so gestärkt worden, daß sie für die Einheitsfront zunächst nicht zu gebrauchen ist.

Kampf gegen Naziterror

Durch die Wahlerfolge bei der Präsidentenwahl und der Preußenwahl stieg das Machtbewußtsein der Nationalsozialisten so, daß sie sich schon als Herren der gesamten Öffentlichkeit gegenüber aufspielten. Auch in Breslau steigerte sich der Terror der SA-Banden unter der glorreichen Führung des Fememörders Heines in unerträglicher Weise. Als dieser Terror seinen Höhepunkt erreichte, wurde diesen Burschen einmal auf dem Neumarkt von SAP-Genossen eine so gründliche Abreibung verabfolgt, daß von diesem Zeitpunkt ab die Öffentlichkeit etwas weniger beunruhigt wurde. Dafür wurde der

SAP der besondere Kampf angesagt, der seinen Ausdruck darin fand, daß unserem Vorsitzenden, dem Genossen Eckstein, eine Handgranate ins Schlafzimmer geschleudert wurde. Nur einem besonderen Zufall hatte er es zu verdanken, daß nur seine Wohnungseinrichtung demoliert wurde, er aber mit dem Leben davon kam. An dieser Stelle muß besonders der aufopfernden Tätigkeit der Genossen vom Sozialistischen Schutzbund gedacht werden, die außer der üblichen Partei-

arbeit in dieser Zeit Tag und Nacht auf den Beinen waren, um Parteifunktionäre der SAP und Eigentum der Arbeiterbewegung vor in-schistischen Räuberbanden zu schützen. Durch die Sondergerichte, wuzelnd in Papenscher Notverordnung, die in Breslau ganz besonders rabiat vorgehen, wurden nicht weniger als sechs SAP-Genossen auf längere Zeit ins Gefängnis gebracht, die erst durch die Amnestie wieder befreit wurden.

Wahlkämpfe

Nicht weniger als fünfmal mußten wir im Jahre 1932 zur Wahl gehen, fünfmal mußte der riesige Wahlapparat in Bewegung gesetzt werden, fünfmal haben im Jahre 1932 unsere Funktionäre und Mitglieder die Wahlarbeit, die wegen der geringen finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung standen, besonders schwer war, durchgeführt. Auch hier muß besonders der eifrigen Mitarbeit der Genossen vom SSB gedacht werden.

- 13. März erster Wahlgang, Reichspräsidentenwahl.
- 10. April zweiter Wahlgang, Reichspräsidentenwahl.
- 24. April Wahl zum Preußischen Landtag.
- 31. Juli Reichstagswahlen.
- 6. November Reichstagswahlen.

Bei der Wahl am 31. Juli gelang es uns trotz größter finanzieller Schwierigkeiten eine eigene viersellige Wahlzeitung herauszubringen. Wo die Mittel fehlen, muß man nach neuen Wahlpropagandamethoden suchen. Die von der SAP zuerst geschaffenen Wahlsäulen wurden in kurzer Zeit von allen Parteien nachgeahmt. An 20 Stellen der Stadt standen unsere Genossen bei den letzten beiden

Wahlen bei Wind und Wetter, um für unsere Gedanken und Ideen zu werben. Es ist hier nicht der Ort, über die Bedeutungslosigkeit des Parlamentarismus in Deutschland im Jahre 1932 zu berichten. Trotz der Bedeutungslosigkeit des Parlamentarismus ist das Ergebnis der Stimmzahl der letzten Wahlen für die SAP höchst unbefriedigend. Große Teile des deutschen Proletariats glauben immer noch, daß es darauf ankommt, durch die Erringung irgend welcher Mandate die Voraussetzungen zu schaffen, die das Proletariat für die Erfüllung seiner Forderungen braucht. Sie haben noch nicht erkannt, daß es jetzt in erster Linie darauf ankommt, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte im außerparlamentarischen Kampfe mobilisiert werden müssen. Diese Erkenntnis gilt es ganz besonders durch unsere Arbeit zu verbreiten, damit wir bei den kommenden Wahlen (Kommunalwahlen im Jahre 1933) mit einem Achtungserfolg für die Partei abschneiden. Die Kommunalwahlen in Sachsen und in anderen Teilen Deutschlands haben gezeigt, daß hier für uns die gegebene Möglichkeit besteht, mit Erfolg vor die Öffentlichkeit zu treten. Deshalb müssen diese Wahlen schon jetzt gut vorbereitet werden.

Organisationsleben

Wenn man die Menge der Sitzungen und Versammlungen betrachtet, bekommt man so recht ein Bild davon, welche Arbeit im vergangenen Jahre geleistet worden ist. Engerer und erweiterter Vorstand kamen zu je 12 Sitzungen zusammen. Zentrale Funktionärsversammlungen wurden in 5 Sitzungen abgehalten. Mitgliederversammlungen 9. Öffentliche und Wahlversammlungen 125. Erwerbslosenversammlungen 5. Statistisch nicht erfaßt sind die Hunderte von Distrikts-Mitglieder-, Distrikts-Funktionär- und Distrikts-Frauenversammlungen, unberücksichtigt sind die vielen Veranstaltungen der Stadtteile und Abteilungen.

Die politische Schulungsarbeit konnte leider nur sehr mangelhaft geleistet werden, weil die Parteigenossen durch die vielen Wahlbewegungen zu einer besinnlichen Tätigkeit auf dem Gebiete der politischen Schulung gar nicht kommen konnten. Trotzdem wurden drei Wochenendkurse durchgeführt.

Am 9. und 10. Januar mit Sternberg, 13. und 14. August über Gewerkschaftsfragen mit Enderle, 3. und 4. Dezember wieder mit Sternberg Zweimal, und zwar am 6./7. Januar und am 24./25. September tagten in Breslau Bezirkskonferenzen. Die Mitgliederbewegung ist in einem dauernden erfreulichen Aufschwung.

Im Parteisekretariat wurden neben den notwendigen Wahlarbeiten 33 Rundschreiben für Breslau, 28 für den Bezirk herausgegeben. Bis zur Übernahme der „SAZ“ nach Breslau wurde auch der kaufmännische Betrieb für das damalige Kopfblatt durch das Sekretariat erledigt. Notwendigen Sparmaßnahmen zufolge mußte die Stenotypistin eingesparrt werden, so daß der Genossin David die gesamte bürotechnische Arbeit allein verblieb. In einer politischen Partei im Jahre 1932 keine leichte Aufgabe.

Als Veranstaltungen von besonderer Bedeutung sind hervorzuheben: die Malfeyer im Zirkus Busch, die Einheitsfrontkundgebung im Zirkus Busch am 6. Mai 1932, die Protestkundgebung gegen den Naziterror am 24. Juni 1932 im Zirkus Busch, eine Massendemonstration am 15. Juli 1932 die Parteigründungsfeier am 2. Oktober und die Revolutionsfeier am 2. November 1932, beide Veranstaltungen im großen Saale des Konzerthauses.

Sozialistische Arbeiterzeitung

Bis zum 30. Juni wurde der Hauptteil der „SAZ“ in Berlin gemacht, in Breslau befand sich nur die Redaktion für den lokalen Teil Breslaus und Schlesiens. Redigiert wurde der lokale Teil durch den Genossen Reinhold Pfaff. Ab 1. Juli wurden der Druck und die Redaktion der „SAZ“ für das gesamte Reichsgebiet nach Breslau verlegt. Es bedurfte langer Beratungen und Überlegungen, ehe wir uns entschließen konnten, diese schwierige Aufgabe zu übernehmen. Trotz aller Schwierigkeiten, von denen sich der Außenstehende keine rechte Vorstellung machen kann, ist es uns gelungen, in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges die Zeitung zu halten und auszubauen, und wir können heute ohne Uebertreibung sagen, daß es uns gelungen ist, die Tageszeitung für die Partei zu halten und

zu sichern. Entgegen allen anderen Zeitungen konnten wir unseren Leserkreis erhalten, und wir hoffen, daß im kommenden Jahr der Ausbau der Zeitung weitere Fortschritte machen wird. Vorübergehend waren in der Redaktion der Zeitung tätig: die Genossen Frank und Weckerle, bis die Genossen August Enderle und Walter Fabian für ständig nach Breslau übersiedeln konnten. Der Ausbau der Zeitung machte es notwendig, ab 1. Dezember einen Volontär für die Redaktion einzustellen.

Die geschäftliche Leitung der Zeitung liegt in den Händen der Genossen Walter Geburt und Max Rausch. Die Zeitung wird jetzt verlegt durch den Sozialistischen Verlag e. G. m. b. H., Breslau.

DMV-Bauschlosser

Am Donnerstag, 5. Januar, 1930 Uhr, im Gewerkschaftshaus Zimmer 9.

Branchenversammlung

T.-O.: Neuwahl der Branchenleitung und der Generalversammlungsdelegierten. Jeder Genosse muß unbedingt erscheinen.

Durch die Erhaltung der Zeitung hat die Ortsgruppe Breslau der SAP der Gesamtpartei einen Dienst geleistet, der im ganzen Reiche freudig anerkannt wird.

Durch diese Erweiterungen mußten die unzulänglichen Räume in der Holzstraße 3 aufgegeben werden. Am 1. Januar sind Partei und Zeitung nach Gartenstraße 21 verlegt worden.

Proletarische Kulturgemeinschaft PKG

„Die SAP betrachtet das kulturelle Gebiet als gleich wichtig neben dem politischen und wirtschaftlichen für die Befreiung des Proletariats.“ (Prinzipienerklärung der SAP.)

Als im Januar 1932 ein aus 15 Genossen bestehender Bildungsausschuß gewählt wurde, war man sich nur über das eine klar: Dieser Bildungsausschuß darf nicht ebenso unfruchtbar und unfähig sein, wie es bis dahin der Bildungsausschuß in der SPD war.

Es mußten neue Wege beschritten, neue Gedanken gefunden werden, um breite proletarische Schichten in unseren Veranstaltungen zu erfassen, da ja auch die IFA, der Bildungsausschuß der KPD, in den Anfängen stecken geblieben war und ist. Erschwerend wirkte sich die Wirtschaftskrise auch auf unsere Tätigkeit aus, denn der Arbeitslose kann sich nur in den seltensten Fällen kulturelle Ausgaben leisten. Außerdem erhalten wir keine Zuschüsse wie der Bildungsausschuß der SPD.

So war denn auch das erste Halbjahr ein Tasten, Fühlen und Suchen: Defizitveranstaltungen folgten auf Defizitveranstaltungen. Wir begannen ganz klein mit Vorlesungs- und Schallplattenabenden im Parteibüro, dann folgte ein Abend mit Erich We in e r t, ein H o d a n n =

Vortrag, die Ausgestaltung der Malfeyer und eine Sonnenwendfeier. Allmählich bildete sich ein Arbeitskreis von 5 Genossen heraus, der zusammen mit noch einigen Parteigenossen die „Proletarische Kulturgemeinschaft ins Leben rief und gleichzeitig die Funktion eines Arbeitsausschusses übernahm. Dieser Schritt erwies sich aus den Lehren des ersten Halbjahres als notwendig, da eine selbständige Organisation den an sie herantretenden Aufgaben und Forderungen besser gewachsen ist.

Als erste Veranstaltung führten wir eine Antikriegs-Kundgebung in der Skala durch, die mehr als überfüllt war. Zum ersten Male fand hier bei einer Veranstaltung einer proletarischen Organisation der Tonfilm Verwendung. Bis Ende des Jahres folgten noch eine Anzahl Morgenfeiern und Filmveranstaltungen, teils ersten, teils heiteren Charakters, die alle überfüllt waren. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die „Jahresfeier der SAP“ und die „Revolutionsfeier“, beide im Konzerthaus. Bei der ersteren betrug die Besucherzahl etwa 2600 Personen, bei der zweiten etwa 3000. Des weiteren gestaltete Otto Z i m m e r m a n n einen Abend aus, ferner fand eine kritisch geführte Besichtigung der Ausstellung: „Gesunde Frau, gesundes Volk“.

Achtung Holzarbeiter!

Dienstag, den 10. Januar, 1930 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal.

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Ehrung der Jubilare, 2. Einführung eines 2. Zehnpfennigbeitrages im Monat. Verbandsbuch als Ausweis mitbringen.

zwei Führungen durch das anatomische Institut und eine überaus gut gelungene „Jahresabschlussfeier“ in der Montzischen Gemeinde statt.

Durch den glänzenden Besuch unserer Veranstaltungen war es möglich, allmählich das Defizit des ersten Halbjahres zu decken. Unser Vorsatz, einen kleinen Reservefonds für eventuelle Zuschußveranstaltungen zu schaffen, wurde durch die Steuerbehörde vereitelt, die alle unsere Veranstaltungen mit einem hohen Steuersatz belegte.

Bei der Festlegung unserer Eintrittspreise mußten wir berücksichtigen, daß unsere Genossen entweder erwerbslos sind oder so wenig verdienen, daß ihnen selbst die niedrigsten Unkostenbeiträge fast unerschwinglich sind. Wir erfaßten im zweiten Halbjahr ungefähr 15 000 Personen als Besucher in unseren Veranstaltungen — eine Zahl, die weit über den Besucherzahlen des Bildungs-ausschusses der SPD und der IFA steht — darunter zahlreiche SPD- und KPD-Genossen und indifferente Arbeiter. Auch die Zahl unserer Mitglieder ist in einem erfreulichen Aufschwung begriffen. Direkte Schulungsarbeit trieben wir nicht, da sich diese der Parteivorstand durch eine Vereinbarung selbst vorbehalten hatte.

„In der Periode der entscheidenden Auseinandersetzung zwischen Kapital und Proletariat werden alle kulturellen Maßnahmen der Bourgeoisie und ihre Kultureinrichtungen dem Kampfe gegen den revolutionären Sozialismus dienstbar gemacht.“ (Prinzipienerklärung.)

Nazifaschismus und stark wachsende Kirchenmacht sowie der Generalstiefel gaben dem Jahre 1932 das Gepräge. Direkt traf uns diese Reaktion bei der Auswahl der Filme: Militärs, Liebes- und Kriminalfilme beherrschen die Produktion; gesellschaftskritische Filme gab es fast gar nicht, neuen Russenfilmen wurde die Einfuhr gesperrt. Wenn man diese Schwierigkeiten betrachtet, wird man die Auswahl unserer Filme mit anderen Augen ansehen, wie es einige sehr oberflächlich urteilende Genossen getan haben.

Zum Schluß danken wir allen unseren Mitarbeitern, insbesondere den Kartenvertriebsleuten für ihre aufopfernde Tätigkeit und hoffen, daß sie sich auch im neuen Jahr wieder um mit demselben Elan in den Dienst der proletarischen Kulturbewegung stellen werden.

Ein Verkehrsauto in den Dorfbach gestürzt

Hirschberg, 2. Januar.

Heute früh gegen 9½ Uhr stürzte infolge großer Glätte das Verkehrsauto Bolkenhain-Hirschberg der Firma Rückers in Jauer etwa 6 Meter tief in den Dorfbach. Von den drei Insassen des Autobus wurde ein Fahrgast schwer, der Führer leicht verletzt. Das fast neue Auto wurde stark beschädigt und dürfte nur mit großer Mühe geborgen werden können.

Revision im Beuthener Hallenschwimmbad - Prozeß

Beuthen, 3. Januar.

Die Staatsanwaltschaft hat beschlosssen, gegen das Urteil der Großen Strafkammer Beuthen vom 20. Dezember vorigen Jahres im Prozeß wegen des Einsturzglücks beim Hallenschwimmbad-Neubau vom 23. Oktober 1929 Revision einzulegen. Bekanntlich ist der Architekt Leschinski wegen Vergehens gegen § 330 StGB (Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Baukunst) zu 3000 RM Geldstrafe verurteilt worden, während die sechs übrigen Angeklagten freigesprochen worden sind.

Aufklärung des Grünberger Chauffeurmordes

Grünberg, 3. Januar.

Die Vernehmung der in Berlin verhafteten Frau Truchmann aus Scherndorf konnte noch nicht abgeschlossen werden, da das Mädchen völlig zusammengebrochen ist. Es steht noch nicht fest, ob bei der Mitternacht, Beihilfe zum Mord oder nur Begünstigung in Frage kommt. Die Truchmann erklärt, sie sei ungewollt Zeugin der Missetat geworden und Pieper habe sie zum Schweigen gezwungen, indem er ihr sagte, wenn sie nicht schweige, würde ihr schwere Zuchthausstrafe drohen. Frau Truchmann wird außerdem über eine Anzahl Einbruchsdiebstähle vernommen, bei denen sie für Pieper in Berlin Schmier gestanden hat.

Selbstmord eines Erwerbslosen

Breslau, 3. Januar.

Auf der Bahnstrecke Neukirch-Deutsch-Lissa hat sich der Fleischergehilfe H. aus Hermannsdorf von einem Zuge überfahren lassen. Der Lebensmilde war erwerbslos.

Radfahrer Gerät unter die Straßenbahn

Breslau, 3. Januar.

Am Dienstag morgen wurde der 26-jährige Chauffeur Erwin M. aus Breslau, als er mit seinem Fahrrad die Graupenstraße entlang fuhr, von einem Lieferwagen gestreift. Er stürzte und geriet unter einen Anhängerwagen der Straßenbahn. Die Feuerwehr befreite ihn und veranlaßte seine Überführung ins Krankenhaus, wo ein Beckenbruch und andere Verletzungen festgestellt wurden.

Neue Sprengstofflager-Verordnung

Breslau, 1. Januar.

Die zahlreichen Sprengstoffdiebstähle in letzter Zeit haben Veranlassung gegeben, die Vorschriften über die Lagerung von Sprengstoffen erheblich zu verschärfen. Der Minister für Wirtschaft und Arbeit hat daher eine neue Polizeiverordnung über die Errichtung, die Einrichtung und den Betrieb von Sprengstofflagern erlassen, die in Nr. 64 der Preussischen Gesetzsammlung 1932 veröffentlicht ist. Die Bestimmungen gelten auch für bestehende Lager, jedoch kann der Regierungs-

Achtung Gemeinde- Staats- und Verkehrsarbeiter Breslaus,

die in der SAP organisiert sind, treffen sich Donnerstag, 17.30 Uhr, in der Gaststätte „Stadt Leipzig“, Ursulinerstraße. Mitgliedsbuch muß unbedingt mitgebracht werden.

präsident im Einzelfall Ausnahmen zulassen und Fristen für die Durchführung gewähren. Neue Sprengstofflager können nur mit Genehmigung der Landespolizeibehörde (Regierungspräsidenten) errichtet werden.

Ist das wahr?

In Oberrick befindet sich eine Wurstfabrik, die angeblich für den hiesigen Konsumverein „Vorwärts“ Wurstwaren liefern soll, deren Besitzer ein gewisser Lorenz ist. Wie uns nun eine Anzahl von Arbeitern aus Oberrick berichten, soll in dieser Fabrik ein strammer und wütender Nazi, Willi Schlag mit Namen, arbeiten.

Schlag wohnt hier in Breslau in der Luisenstr. 21 und hat seine Wohnung zu den vergangenen Reichstags- und Landtagswahlen mit Hakenkreuzfahnen geschmückt.

Er soll, da der Lorenz scheinbar nur freigeberwirtschaftlich Interessierte beschäftigt, an den Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband Schlesiens einen Antrag auf Aufnahme gestellt haben und soll anstandslos vom Verband aufgenommen worden sein. Ist das wahr?

Wir empfehlen dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter-Verband dringend, die Gelegenheit zu untersuchen und die nötigen Schritte zur Beseitigung dieses Mißstandes zu unternehmen.

Die Arbeiterschaft ist verständlicherweise über diesen Vorfall heftig erregt und es liegt durchaus im Interesse der Gewerkschaft, wenn hier reiner Tisch gemacht wird.

Demokrat und Ausbeuter

Die rigorosen Massenentlassungen bei Prerauer Betriebsratsvorsitzender macht den Lakai

(Sonderbericht der „SAZ“)

Landesrat, 3. Januar.

Wir haben in der Nr. 233 der „SAZ“ vom 23. Dezember über die rigorose Entlassung der gesamten Belegschaft bei der Schuhfabrik Rosensteln u. Prerauer mitgeteilt.

Heute sind wir in der Lage, über den näheren Vorgang und die tiefen Gründe der Entlassung zu berichten. Die Firma beabsichtigte, den Preis für bestimmte Schuhmuster herabzusetzen, und da ihre Reisenden ab Februar mit den neu kalkulierten Preisen losgehen, versuchte sie zunächst den Akkordlohn für ein bestimmtes Muster um 50 Prozent abzubauen und den Stundenlohn um 20 Prozent.

Zu diesem Zwecke berief der Betriebsratsvorsitzende auf Veranlassung des Herrn Prerauer eine Betriebsversammlung ein. Herr Prerauer erschien höchst persönlich in dieser Versammlung und versuchte die Belegschaft, nachdem es schon der Betriebsratsvorsitzende getan hatte, die „Notwendigkeit“ des Lohnabbaues plausibel zu machen.

SAP Stadtteil Ost

Die Generalversammlung der Funktionäre im Stadtteil Ost findet am Donnerstag, den 5. Januar 1933, bei Cichos statt. Beginn 20 Uhr.

Tagesordnung:

1. Begrüßung des Gen. Willy Muehe.
2. Referat des Gen. Eckstein über: „Die deutsche Arbeiterbewegung in der Nachkriegszeit“.
3. Bericht der Stadtteilleitung über die geleistete Arbeit.
4. Neuwahlen der Stadtteilleitung und Ressortfunktionäre.

Kampfbereit!

Die Stadtteilleitung.

Mit welcher raffinierten Beeinflussungsmethoden der Betriebsratsvorsitzende gemeinsam mit Prerauer gearbeitet hat, so daß es mit Recht den Eindruck der Verabredung erweckt hat, beweist folgender Vorgang: Nachdem Betriebsratsvorsitzender und Herr Prerauer über die angebliche Notwendigkeit der Lohnherabsetzung genügend gesprochen hatten, drohte Herr Prerauer am Schlusse seiner Rede, die gesamte Belegschaft zu entlassen falls diese in sein Vorhaben nicht einwilligt.

Der Betrieb würde dann stillgelegt und spätestens Ende Februar erst wieder eröffnet, und zwar dann nur mit einer kleinen Belegschaft.

Prerauer befahl dann dem Betriebsratsvorsitzenden, darüber abstimmen zu lassen. Der treu ergebene Lakai hat dieses auch prompt ausgeführt, aber nicht etwa durch Stimmentzettel, sondern er kommandierte:

„Diejenigen, die dafür sind, auf die eine Seite treten, die dagegen sind, auf die andere Seite!“

Trotz aller Beeinflussung und Drohung blieb die Belegschaft fest und stimmte mit großer Mehrheit gegen diesen Lohnraub — und zwar über 50 dagegen und nur 14 dafür.

Daraufhin wurde der gesamten Belegschaft die Kündigung zum 30. Dezember 1932 zugestellt. Die Bekanntgabe an der Anschlagtafel ist am selben Tage erfolgt, obwohl sie vier Wochen vorher erfolgen muß.

CAINSDORF

ERICH SCHWOTZER
Bäckerei Siedlung

NIEDERHASSLAU

ERNST LORENZ
Bedachungsgeschäft, Holzberg 1

Kauft den Arbeiter-Kalender „Roter Pionier“ Preis 50 Pfg.

Dies ist der Republikaner, bürgerliche Pazifist und Demokrat — dieser Prerauer — vor dessen Wohnung das Reichsbanner in der Zeit des Naziterrors Woche gestanden hat, wofür es als Entgelt bräunliche Leinwandstücke nach dem Muster der SA zu niedrigeren Preisen und andere Liebesgaben erhielt. Dieser Prerauer ist noch heute Ehrenmitglied und guter Geldgeber des Reichsbanners, denn er weiß, weshalb.

Das Reichsbanner ist überhaupt anfänglich von den hiesigen Demokraten und Kapitalisten finanziert worden. Als Geldgeber kamen in Frage Herr Textilfabrikant Albert Ham-burger, Pa. Grünfeld, Prerauer, Versandhaus Brokorb u. Drescher (Brokorb ist Zentralführer und strenger Jesuit) und andere Geschäftsleute.

Man muß sich nur wundern, daß den Proleten im Reichsbanner nicht endlich die Augen aufgehen.

Der Betriebsratsvorsitzende, ein früherer Kommunist, jetzt indifferent, ist freigeber-schaftlich organisiert und leistet der Firma solche Lakaiendienste.

Die Stilllegung ist nichts anderes als eine getarnte Aussperrung, womit die Lohnherabsetzung erzwungen werden soll. Man hofft, daß die Arbeiterschaft selbst kommt und für den herabgesetzten Lohn arbeitet. Somit hat man sie gleichzeitig nach der Gefügigkeit ge-sieht. Wenn die freie Gewerkschaft die Belegschaft der Firma darüber nicht aufklärt und zum Widerstand aufruft, so daß sich niemand dazu verleiten läßt, dann kann dieser Fall so eintreten. Tut sie es nicht, sondern verlegt sich lediglich auf das von ihr angekündigte arbeitsrechtliche Gebiet, das wochenlang, wenn nicht monatlang, dauern kann, dann toleriert sie faktisch den Lohnraub.

Neue Feuermelder an der Wilhelmshafener Straße

Bewohner von Bischofswalde haben sich bei der Feuerwehr darüber beschwert, daß sich in der näheren Umgebung ihrer Wohn-stätten keine Feuermelder befinden. Die Branddirektion hat darauf erwidert, daß ursprüngliche Absicht bestanden hat, bereits im Jahre 1932 einige Feuermelder an der Wilhelmshafener Straße aufzustellen, daß diese Absicht aber aus Mangel an Mitteln zunächst nicht ausgeführt werden konnte. Nun aber will die Feuerwehr daran gehen, in diesem Jahre an der Wilhelmshafener Straße Ecke Grimmstraße und Ecke Dorn-röcherweg je einen Melder hinzustellen. Es sollen dann später gegenüber Fichtenhain und an der Ecke der Barthelner Straße noch weitere Feuermelder hinzukommen. Bis da-hin empfiehlt es sich, die vorhandenen Feuer-meldestellen zu benutzen, nämlich in der Ziegelei Weiß an der Bischofswalder Straße, bei Professor Prohasel, Hängelweg 18, und bei Kaufmann Schilke, Gretelweg 56.

Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Breslau

2. Abteilung: Freitag, 20 Uhr, Generalver-sammlung bei Daniel, Lehmdamm.
 3. Abteilung: Mittwoch, 20 Uhr, Generalver-sammlung bei Lamert, Brigittental.
 4. Abteilung: Mittwoch, 20 Uhr, Generalver-sammlung bei Rauch, Vorwerkstraße.
 8. Abteilung: Sonnabend, 20 Uhr, Generalver-sammlung bei Thiel, Stabelwitz.
- Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Die einzige, wirklich ungekürzte Ausgabe
KARL MARX
DAS KAPITAL
Bd. I, Der Produktionsprozeß des Kapitals
Vom Marx-Engels-Lenin-Institut besorgte Ausgabe
erschienen soeben im Verlag für Literatur und Politik, Berlin, SW 61
Holzfreies Papier, 965 Seiten
Mk. 2.45
Bestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen

ORGANISATION'S NACHRICHTEN

SAP
Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat Breslau, Gartenstraße 21, III. Telefon 567 68

Erweiterter Vorstand, Freitag, den 6. Januar, 19.30 Uhr, ganz pünktlich Sitzung im Heim, Sonnenstraße 39. Zum erweiterten Vorstand gehören 1. die Mitglieder des engeren Vorstandes, 2. die Distriktsführer, 3. die Frauenleiterinnen, 4. die Stadtteilleiter.

Generalversammlung der Partei am Montag, den 9. Januar, 19.30 Uhr, im Bergkeller.

Distriktsführer, Fragebogen und Mitgliederheft sind nun noch heute abend in das Büro Gartenstr. 21, III. Etg., Vorherbr. gebracht werden.

Stadtteil Nord, Funktionsversammlung bei Klener, Kreuzstr., Donnerstag, den 5. Januar, um 20 Uhr. Ref. Genosse Fabian.

Abt. Ohlauer Tor. Sämtliche Sammellisten sind sofort bei den Distriktsführern abzurechnen. Die Distriktsführer rechnen die Sammellisten beim Abteilungs-kassierer ab.

Stadtteil Ost, Funktionäre am Donnerstag, um 20 Uhr, bei Cichos, Königgrätzer Str. Ref. Gen. Eckstein.

Veranstaltungsgruppe der PKG, Donnerstag, 20 Uhr, Probe bei Rettig.

Achtung! Stadtteilleiter!

Handzettel für Sonntag bis Freitag mittig bei Krause abholen.

Sekretariat: Gartenstraße 21, III
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr

SIV. Unser SIV-Kalender „Roter Pionier“ ist ein getroffen und bei den Heimfunktionären für 50 Pfg. zu erhalten. Er ist für jeden SIV-Genossen unent-behrlich.

Donnerstag: 22 Uhr kurze, aber wichtige Sitzung der Pol- und Org.-Leiter im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 80.

A.-G.-Delegierte: Donnerstag, 18 Uhr Sieben-hufener Str. 11/15, zur Einteilung des Vertriebs der Berufsschulzeitung. Alle müssen erscheinen oder einen Vertreter schicken.

Genossen! Verleiht die Karten zum Wochen-endkursus.

Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAK). Achtung! Parlamentsvertreter! Sonnabend, den 7. Januar, 17 Uhr, im Karl-Marx-Heim wichtige Sitzung.

Arbeiterkinderfreunde Abt. III, Odeon/Sandtor. Voranzeige! Achtung! Eltern! Mittwoch, den 11. Januar 1933, wichtige Elternversammlung. (Näheres siehe Monatsprogramm.)

Kleine Sportnachrichten

Alle Arbeiter-Sportler usw. besuchen Ihre eigene Eisbahn. Eingang am Platz der Republik an der Graupenstraße.

Freie Schwimmer Breslau e. V.
Abt. Ost, Sonnabend, den 14. Januar, 20 Uhr, Abteilungs-Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Zimmer an der Tafel.

Kinder-Abt. Wir treffen uns Montag, den 9. Januar, zum Heimabend um 17 Uhr, Plurstraße 8. Alles nähere dort.

I. Arbeiter-Angler-Verein. Am 15. Januar 1933, 8.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, Generalversammlung. Anträge zu dieser müssen bis zum 9. Januar 33 in den Händen des Vorstandes sein. Alle alten Angelkarten und Fischereischeine bei Hauffe abgeben, ebenso fehlen noch immer Pass-bilder zu den Angelkarten und Arbeitslosenbeschei-nigungen.

Freie Menschen. Jahresgeneralversammlung 18. Januar im Heim. Mit dem neuen Jahre beginnt unsere Arbeit wie folgt: jeden Montag, Mittwoch und Frei-tag Gymnastik mit Höhensonne. Jeden Dienstag: Heimabend. Leitung Genossin Schaar. Am 5. Ja-nuar Beginn eines Esperanto-Kurses unter Leitung des Genossen Brandt im Heim. Siehe Anschlag im Heim! Die restlichen Beiträge für 1932 sind sofort zu begleichen; desgleichen auch für das Heim.

Arbeiter-Mandolinisten-Bund e. V.
Ortsgruppe Breslau Abt. II. Kursus im Man-doline- und Gitarrespiel beginnt Donner-s-tag, den 5. Januar 33, 19 Uhr, im Schulhaus Nikolai-straße 63, Zimmer 3. Interessenten können sich wie oben angegeben noch melden.
Dortselbst nähere Aufklärung und unverbind-liche Auskunft.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Breslau, Lothdruck Th. Schatzky A.-G., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt Breslau 5, Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.
Redaktion: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telefon 206 02.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

STADTTHEATER
Mittwoch, 19.30—gegen 23
Die Fledermaus
Donnerstag, 19.30—gegen 23
Tango um Mitternacht
Freitag 19.30—gegen 23
Tango um Mitternacht
Besucht das
„Proleten“
Arbeiter-Sport-Kartell

LOBETHEATER
Freitag 20.15—22.30
Die Töchter der Exzellenz
Sonnabend, 20.15
Uraufführung!
Kind im Schatten
v. Leonhard Wegner
GERHART-HAUPTMANN
THEATER
Mittwoch 15.30—17.30
Wir fahren mit Dieler ins Märchenland
Täglich 20.15—22.10
Auslandreise

Wo decke ich meinen Bedarf?

Genossen! Fahrräder - Motorräder
bei Karl Borst Jun., Stelnauer Straße 12a.

Vogelwetter - Kolonialwaren
nur bei Ritter, Friedrich-Wilhelm-Straße 53

Lebensmittel Gotthard Völkel
Friedrich-Wilhelm-Straße 51
Gute Wäsche u. Berufskleidung jeder Art

Oskar Laqua
Anderssenstraße 31
Kolonialwaren

WESTEN

Kolonialwaren - Spirituosen - Zigarren
Alfred Köpperl
Edeka-Geschäft - Westendstr. 56

Franz Rzehulka
Kolonialwaren / Tabake
Alsenstraße 48 Ecke Leuthenstraße

KURT REICHERT
Kolonialwaren
Stelnauer Straße 20, Ecke Leuthenstraße

Obst - Gemüse - Kolonialwaren
Erich Völkel
Bergstraße 20

Lebensmittelhaus
Heinrich & Co.
Frankfurter Straße 164

9% Kolonialwaren Josef Walter 9%
Mariannenstr. 21, Ecke Berliner Str.

Werbt Abonnenten

8-10 jähriges Mädchen
wird unentgeltlich in Pflege genommen zur Hilfe für die Hausfrau. Zuschriften an die Geschäftsstelle der SAZ unter A. 109.

Aus einem Moskauer Tagebuch

Nachmittags besuchten wir ein Sanatorium, eine Einrichtung, die es nur in Rußland gibt. Besonders schwächliche Arbeiterinnen brauchen nicht in ihre Wohnung zu schlafen, sondern sie können im Sanatorium wohnen. Sie wohnen dort blendend sauber, sie bekommen ein reichliches, gutes Essen, es sind Räume zum Schachspiel, zur Gymnastik vorhanden. 98 Prozent sind Arbeiterinnen, das medizinische Personal besteht aus einer Ärztin, einer Heilgehilfin, einer Schwester. Augenblicklich sind 45 Personen untergebracht. In Moskau sind 13 Sanatorien.

6. Reisetag

Heute besuchten wir eine Kinderkrippe für die ganz Kleinen. Wieder ist alles blendend sauber. Die Kinder bekommen Milch, Makaronen, Kascha; sie sehen sehr gut aus und machen einen Riesenspaß. Besonders schwächliche Kinder bekommen Höhen Sonne. Ein Zwang, die Kinder in die Heime zu geben, existiert nicht.

Einige Schlußbemerkungen!

Durch das gesamte russische Volk geht ein neuer Zug, alle begreifen, daß ein neues Leben begonnen hat. Es gibt keine „Toten Seelen“ mehr, Lenin hat für immer Gogol besiegt. Auch die Bauern, die früher nur fluchen und schimpfen konnten, voll von religiösem Aberglauben waren, sind aufgewacht. Überall sieht man Zeitungen und Bücher. Allein in Moskau hat die kommunistische Presse eine Auflage von 3 Millionen Exemplaren. Jeder ländliche Bezirk hat für die Bauern eine eigene Zeitung, in allen möglichen Sprachen. Alle diese Zeitungen kennen keine Sensationsmeldungen, sondern nur wirtschaftliche Fragen werden behandelt. Die Zeitungen, die in sämtlich Regierungszeitungen sind, führen eine sehr kräftige Sprache gegenüber allen Mißständen. Die Arbeiterkorrespondenten kennen keinerlei Schonung. Von allen Studenten wird bei Ablegung des Staatsexamens die Kenntnis der marxistischen Theorie verlangt. An der Spitze der Arbeit stehen die kommunistischen Funktionäre, die zwölf bis vierzehn Stunden täglich arbeiten. S. E.

Der Eisbrecher „Malygin“ auf eine Sandbank aufgelaufen

Moskau, 3. Januar.

Der Eisbrecher „Malygin“ lief drei Meilen von der Küste von Spitzbergen auf eine Sandbank auf. Der herbeigeeilte Eisbrecher „Sedow“ konnte allein die „Malygin“ nicht flott machen. Aus Archangelsk eilte der Eisbrecher „Lenin“ der „Malygin“ zu Hilfe.

Longyearcity (Spitzberg.), 3. Januar.

Nach Meldungen, die hier von russischer Seite eingelaufen sind, erfolgte die bereits gemeldete Strandung des russischen Eisbrechers „Malygin“, der unterwegs von Rußland nach den russischen Kohlengruben in Spitzbergen war, am 29. Dezember dicht am Eingang des Eisfjords. Die Wiederflottmachung des Eisbrechers war bisher, wie gleichfalls bekannt ist, noch nicht möglich. Die Passagiere sollen sämtlich wohlbehalten sein.

Eisenbahnunglück bei Lille

Paris, 4. Januar.

Bei Lille sind gestern zwei Arbeiterzüge zusammengestoßen. 18 Arbeiter sind ziemlich erheblich verletzt worden.

Wir sind an der Grenze

Nach einer endlosen, ermüdenden Reise kommen wir endlich von Berlin nach Stolpco, der polnischen Grenzstadt. Die polnischen Beamten verlassen unseren Zug und wir bekommen den ersten russischen Beamten zu Gesicht. Ich begrüße ihn russisch im Namen aller deutschen Genossen. Er dankt sehr herzlich.

Der Zug fährt weiter, wir sind endlich in der Sowjet-Union, in dem Lande, wo es keine Hakenkreuze und keinen Stahlhelm gibt. Einige Genossen unter den Touristen grüßen die Grenze mit einem dreifachen kräftigen „Rot Front“.

Der erste Eindruck vom neuen Moskau

Endlich kommen wir um 10 Uhr morgens in Moskau an und machen nach einer Mittagspause eine Rundfahrt. Ich hatte Moskau 1915 und 1920 gesehen, der Eindruck war, besonders für mich, überwältigend. Moskau macht einen vollkommen modernen, großstädtischen Eindruck. Schnelle Autos, Lastautomobile, die ersten sichtbaren Resultate der „Piatiletka“¹⁾, sehr überfüllte Straßenbahnen, daneben aber auch noch sehr viel Pferdefuhrwerk beleben die Stadt. Auf den meistens asphaltierten Straßen wimmelt es von Menschen. Alle sind einfach, aber warm angezogen. Überall wird gebaut, ganz Rußland ist ein riesiger Bauplatz. Moskau hatte 1918 1.800.000 Einwohner, jetzt 3.500.000. Alles eilt, niemand hat Zeit; die in den europäischen Großstädten besonders auffallenden Gruppen von Arbeitslosen gibt es nirgends.

Besonders interessant ist das Stadion, das für 60.000 Zuschauer berechnet ist. Die Benutzung der Sportgeräte ist für die Mitglieder der Sportorganisationen, der Beitrag ist ganz minimal, teilweise kostenlos.

Ein Palais einer Tänzerin ist heute ein Kinderheim. Ein Student bekommt heute 80 bis 150 Rb. Unterstützung vom Staat.

Als Bauarbeiter in der Sowjet-Union

Neben uns liegt ein Deutscher aus Danzig, er mußte eines Todesfalles wegen nach Hause fahren und kommt gerade zurück. Er ist Bauarbeiter. Sein Monatsverdienst ist 300 Rb. Außerdem bekommt er 1 1/2 Kilo Brot täglich. In der „Stolowaja“²⁾ zahlt er für das Mittagessen 35 Kop. täglich. 10 Rb. kostet die Wohnung. Im Speisewagen kommen an unseren Tisch zwei Stofibrigadier, die etwas deutsch verstehen. Sofort beginnt eine lebhafte Unterhaltung.

Die Rote Armee

Neben unserem Tisch sitzen hohe russische Offiziere, plötzlich beginnt einer von ihnen in gutem Deutsch zu sprechen. Auch der andere versteht etwas deutsch. Ich frage den Tovarischtsch Kommandir, ob Trotzky noch viel Anhänger in der Roten Armee hat.

Er sagt: „Wir alle haben Trotzky sehr geliebt, aber zum Diskutieren haben wir keine Zeit. Wir müssen arbeiten, wir müssen den Sozialismus aufbauen.“

Genau dieselbe Antwort bekomme ich von einer der uns vom Intourist zur Verfügung gestellten Dolmetscherinnen.

Der Offizier macht mir noch folgende Angaben. Die Rote Armee ist eine Kaderarmee

¹⁾ Nachstehende Reiseindrücke stammen aus dem Tagebuch eines Klassengenossen. Sie sind die Eindrücke einer kurzen Reise — für nur wenige Tage — mit dem Intourist nach Moskau. Anspruch auf eine umfassende und die Probleme tiefer eingehende Beobachtung der sowjetrussischen Verhältnisse können sie daher nicht machen.

²⁾ Da der Genosse S. E. aber der russischen Sprache kundig ist und ungehindert in Moskau seine Beobachtungen machen konnte, erheben sie Anspruch auf eine größere Beachtung als flüchtige Reiseindrücke im Allgemeinen.

³⁾ Dem Speisewagen.

von 500.000 Mann, im Kriegsfall, das mögen sich die Herren Nazis gut hinter die Ohren schreiben, wird sie auf 20 Millionen erhöht werden. Die Luftflotte ist gut. Die Kavallerie hat Tanks, Erkundungsmittel. Die Artillerie ist völlig mechanisiert. 60 Prozent aller Rotarmisten sind Komso-molzen. Auf der Flotte sind fast nur Komso-molzen. Der Rotarmist wird nicht nur technisch, sondern auch kulturell und politisch ausgebildet.

Der erste Eindruck vom neuen Moskau

Endlich kommen wir um 10 Uhr morgens in Moskau an und machen nach einer Mittagspause eine Rundfahrt. Ich hatte Moskau 1915 und 1920 gesehen, der Eindruck war, besonders für mich, überwältigend. Moskau macht einen vollkommen modernen, großstädtischen Eindruck. Schnelle Autos, Lastautomobile, die ersten sichtbaren Resultate der „Piatiletka“¹⁾, sehr überfüllte Straßenbahnen, daneben aber auch noch sehr viel Pferdefuhrwerk beleben die Stadt. Auf den meistens asphaltierten Straßen wimmelt es von Menschen. Alle sind einfach, aber warm angezogen. Überall wird gebaut, ganz Rußland ist ein riesiger Bauplatz. Moskau hatte 1918 1.800.000 Einwohner, jetzt 3.500.000. Alles eilt, niemand hat Zeit; die in den europäischen Großstädten besonders auffallenden Gruppen von Arbeitslosen gibt es nirgends.

Besonders interessant ist das Stadion, das für 60.000 Zuschauer berechnet ist. Die Benutzung der Sportgeräte ist für die Mitglieder der Sportorganisationen, der Beitrag ist ganz minimal, teilweise kostenlos.

Ein Palais einer Tänzerin ist heute ein Kinderheim. Ein Student bekommt heute 80 bis 150 Rb. Unterstützung vom Staat.

2. Reisetag

Heute besuchten wir zuerst ein Gericht. Leider waren keinerlei interessante Fälle. Interessant war die Zusammensetzung des Gerichtes. Das Gericht bestand aus drei Personen, zwei Frauen und ein Mann. Eine Frau war die Richterin, die andere Beisitzerin.

Der Rubel als Instrument des Klassenkampfes

Nachher besuchten wir das Torgsin Warenhaus, in dem alles reichlich vorhanden ist. Ich konnte dort feststellen, daß der Rubel ein Instrument des Klassenkampfes ist. Für Leute, die keiner Korporative angehören, ist alles teuer, für die Arbeiter hat dagegen der Rubel einen großen Kaufwert. Im Kaffee Metropol, wo überwiegend Ausländer verkehren, die mit Rußland Geschäfte machen, kostet ein Glas Tee einen Rubel, für die Arbeiter in der Stolowaja (Fabrikküche) 5 Kop.

Das Haus der Bauern

Nachher kam das allerinteressanteste, der Besuch des „Chresjianskia-Dom“ des Hauses der Bauern. In dieses Haus kommen die Bauern aus ganz Rußland, um sich Rat und Aufklärung zu holen. Ich sprach mit einem Bauern aus Kamschatka, der mir stolz erklärte, daß es auch dort Kolchosen gibt. 62

¹⁾ Des Fünftagesplanes.

3. Reisetag

Wie lebt der Arbeiter?

Heute besichtigten wir die Prochorowskaja Fabrik. Die Fabrik ist sehr berühmt, sie hat eine alte revolutionäre Tradition. Zirka 7000 Arbeiter werden dort beschäftigt. 1600 sind Kommunisten und 2000 Komso-molzen. In der Stolowaja gibt es für 49 Kop. ein aus drei Gängen bestehendes Mittagessen. Die Bezahlung ist überall dieselbe. Spezialisten verdienen 300—500 Rb., der rote Direktor, der die Verantwortung für 7000 Arbeiter hat, 900 Rb. Ich sage unserer Führerin, daß mir das zu hoch erscheint, und sie antwortet mir erneut darauf, der Rubel ist ein Instrument des Klassenkampfes. Da hört man sehr oft: Wer 900 Rb. verdient, muß für ein Kind im Kinderheim 90 Rb. zahlen, die ungelernete Arbeiterin, die 60 Rb. verdient, dagegen gar nichts. Nachher besuchten wir das antireligiöse Museum, das den Kampf der russischen Freidenker gegen die Volksverdummung schildert. Der Bund der Gottlosen hat über 5 Millionen Mitglieder, die Jugendorganisationen 2 1/2 Millionen.

4. Reisetag

Heute besuchten wir zuerst das Kremliumuseum, das große, ungeheure Reichthümer enthält. Ein alter Berliner Genosse meinte zum Entsetzen unserer Museums-Führerin, es sei besser, den ganzen Plunder zu verkaufen. Nachher besuchten wir das Museum der Revolution. Dieses Museum ist verlebendigte Geschichte aller revolutionären Erhebungen von Stenka Rasin, Pugatschew, den Dekabristen bis zur Gegenwart.

5. Reisetag

Eindrücke beim Besuch des Gefängnisses

Heute besuchten wir das früher berühmte Lefortowsky-Gefängnis, in welchem augenblicklich 650 Sträflinge untergebracht sind. 90 Prozent sitzen aus kriminellen Gründen. Alle müssen arbeiten und arbeiten gern. Täglich 8 Stunden, jeden Monat gibt es einen Urlaubstag. 40 Prozent der Sträflinge lernen sehr eifrig, Wissenschaften und Sprachen. Überall ist Radio eingebaut. Eine große Bibliothek, ein Theater, ein Schachspielsaal sind vorhanden, im Sommer eine besondere Sportabteilung. Es gibt keine Uniform und keine Schläge.

Für die Kranken des Gefängnisses ist ein großes Laboratorium vorhanden, für alle Krankheiten gibt es Spezialärzte. Brot bekommen die Sträflinge 670 Gramm. Für die Arbeit 25 bis 40 Rb., die für Zigarotten verwendet werden. Das Prinzip der Erziehung ist der Appell an das Gute im Menschen, durch Wissen und Arbeit aus sozialen Elementen nützliche Bürger des Sowjetstaates zu machen.

Man hob die Wjetrowa auf und setzte sie auf den Stuhl. Sie war ganz zermüht, saß da, kläglich, zerraut mit irrenden Augen und weinte, weinte leise und demütig.

Man beschloß darauf ganz ruhig, mit finsterner Sachlichkeit, beschloß einstimmig: die Wjetrowa ist auszuschließen, sie bekommt ihren Anteil an der äußersten Peripherie des Dorfes zugeteilt, die Kinder werden ihr weggenommen. Man führte sie, indem man sie unter den Armen stützte, hinaus, sie konnte sich nicht mehr auf den Beinen halten. Ich sah über den Köpfen hinweg, wie einige Frauen, ohne ihre Blicke abzuwenden, die Wjetrowa ansahen und schweigend weinten.

Wjetrowa bat, nun schon ruhig und sachlich, um das Wort.

„Genossen, unser Beschluß ist sehr vernünftig, anders hätte er auch gar nicht ausfallen können. Ja nun? Ich erwartete nur, daß ihr mich zur Kleinarbeit bestimmen werdet. Aber vielleicht ist das richtig; die Kommune kommt jetzt in eine schwere Zeit — Elektrifizierung, Kollektivierung des Dorfes, große Pläne für die Zukunft. Um eines nur bitte ich euch: ist dies alles durchgeführt, dann enthebt mich als einen Menschen, der euer Vertrauen nicht gerechtfertigt hat, sofort meines Postens.“

Der Saal erdröhnte, fuchtelte mit den Armen, explodierte dann wieder in lautem Schreien:

„Setz dich, Andriuschkol! . . . Quatsch keinen Blödsinn! . . . Es ist schon genügend Unsinn hier gefaselt worden . . .“

Luscha erhob sich, strahlend, begeistert, errötend schrie sie durch den ganzen Saal:

„Liebe Genossen! Ich will mit frohem Herzen eine große Freude von mir mitteilen: wir leben ein neues Leben, wir leben auf einer neuen Erde und sind zu anderen Menschen geworden. In diesem, für uns alle großen Augenblick betrete ich einen neuen Weg, meine lieben Goldährlin: ich trete in unsere Partei ein!“

Ich geb meine Kinder nicht her! . . . Erschlagt mich lieber . . . Niemand setzt sich für mich ein, niemand . . . allein bin ich . . . allein Erbarmt euch meiner . . . erbarmt euch, liebe Leute! . . .“

Man hob die Wjetrowa auf und setzte sie auf den Stuhl. Sie war ganz zermüht, saß da, kläglich, zerraut mit irrenden Augen und weinte, weinte leise und demütig.

Man beschloß darauf ganz ruhig, mit finsterner Sachlichkeit, beschloß einstimmig: die Wjetrowa ist auszuschließen, sie bekommt ihren Anteil an der äußersten Peripherie des Dorfes zugeteilt, die Kinder werden ihr weggenommen. Man führte sie, indem man sie unter den Armen stützte, hinaus, sie konnte sich nicht mehr auf den Beinen halten. Ich sah über den Köpfen hinweg, wie einige Frauen, ohne ihre Blicke abzuwenden, die Wjetrowa ansahen und schweigend weinten.

Wjetrowa bat, nun schon ruhig und sachlich, um das Wort.

„Genossen, unser Beschluß ist sehr vernünftig, anders hätte er auch gar nicht ausfallen können. Ja nun? Ich erwartete nur, daß ihr mich zur Kleinarbeit bestimmen werdet. Aber vielleicht ist das richtig; die Kommune kommt jetzt in eine schwere Zeit — Elektrifizierung, Kollektivierung des Dorfes, große Pläne für die Zukunft. Um eines nur bitte ich euch: ist dies alles durchgeführt, dann enthebt mich als einen Menschen, der euer Vertrauen nicht gerechtfertigt hat, sofort meines Postens.“

Der Saal erdröhnte, fuchtelte mit den Armen, explodierte dann wieder in lautem Schreien:

„Setz dich, Andriuschkol! . . . Quatsch keinen Blödsinn! . . . Es ist schon genügend Unsinn hier gefaselt worden . . .“

Luscha erhob sich, strahlend, begeistert, errötend schrie sie durch den ganzen Saal:

„Liebe Genossen! Ich will mit frohem Herzen eine große Freude von mir mitteilen: wir leben ein neues Leben, wir leben auf einer neuen Erde und sind zu anderen Menschen geworden. In diesem, für uns alle großen Augenblick betrete ich einen neuen Weg, meine lieben Goldährlin: ich trete in unsere Partei ein!“

alles melden, aber ich hatte es noch nicht bis zu Ende durchgeführt. Ich beobachtete sie schon längere Zeit, Wjetrowa und ihr habt verschlafen. Ein Kleiderlager ist bei uns abgebrannt. Wie kommt es, daß die Wjetrowa gerade in dieser Nacht mit ihrem Kind ins Dorf gegangen war und dort bei ihrem Vater übernachtete? Vielleicht hat das keinen Zusammenhang, ist aber ein sehr merkwürdiger Zufall . . . Du schweigst, Wjetrowa? Nun gut, Beschließen wir also Genossen: Sie wird hinausgeschmissen und nicht mehr zu ihren Kindern zugelassen.“

Kaum hatte Anissja Matwejewna die lauten Worte Glaschas über die Kinder gehört, als sie zusammenzuckte, aufzuwachen schien und die Versammlung mit weit aufgerissenen Augen anstarrte. Sie erhob sich, griff sich an die Brust und stöhnte auf. Einige Frauen, die hinter den Kulissen gestanden hatten, liefen auf sie zu, doch sie brüllte heiser auf und schlug um sich.

„Ich gebe sie nicht her! . . . Mein sind sie! Mein! . . . Nie im Leben! . . . Erschlagt mich, tötet mich! . . . Ich geb sie nicht her! . . . Lieber erwürgt ich sie mit meinen eigenen Händen . . . Lieber zerhackt ich sie . . . aber ich geb sie nicht her . . . Mein Leben hat man mir genommen, meinen Mann, meine Familie. Nichts ist mir geblieben . . . Eine Bande seid ihr, Räuber, Mörder seid ihr! . . .“

Das ganze Meer von Köpfen geriet plötzlich in Bewegung. Mit dem ohrenbetäubenden Getöse einer Herde stürzten sich alle zur Bühne, verarmelten die Zwischengänge. Aller Gesichter waren wie bei Trunkenen, verzerrt vor Wut und Empörung. Alle brüllten laut und fuchtelten mit den Armen. Die Bühne krachte unter dem Ansturm der Menschen, es schien, noch eine Sekunde und sie stürzen sich auf die Bühne, packen die Wjetrowa, werfen sie in die wildgewordene Masse und zerfleischen sie. Die Wjetrowa zitterte, keuchte und sah, Entsetzen und Verzweiflung in den Augen, dieses angsterregende Getöse an. Die Kräfte verließen sie. Sie wankte, suchte wie eine Blinde eine Stütze mit den Händen. Plötzlich schien in ihrem Innern ein letzter Faden zu zerreißen, mit einem ohrenzerreißenden Schrei fiel sie auf den Boden.

„Nein, ich will nicht, ich will nicht! . . . Ich kann nicht mehr! . . . Ich bin verloren. . . Ich geb meine Kinder nicht her! . . . Erschlagt mich lieber . . . Niemand setzt sich für mich ein, niemand . . . allein bin ich . . . allein Erbarmt euch meiner . . . erbarmt euch, liebe Leute! . . .“

Mit einer feierlichen, singenden Bewegung legte sie einen Zettel vor Bank n hin.

Wieder Begeisterungsschreie, wieder eine wogende Flut von Armen und Köpfen.

Dieser Abend war ein Festtag für unsere Kommune. Niemand noch herrschte so eine Erregung, niemals noch waren die Kommune so bis ins Innerste aufgerüttelt worden. Nach einem kleinen Vortrag von Wjetrowa sprach Natascha. Sie sprach ruhig und gewichtig, und wie immer trafen ihre Worte, mit dem harten, gespannten, jugendlichen Klang in der Stimme, sicher und unwiderstehlich.

„Genossinnen, Frauen, meine Worte gelten euch. Wir haben eine Hexe verjagt. Ist das aber das Wichtigste? Das Wichtigste ist nicht das. Im Dorf gibt es jetzt eine feindliche Kraft, das ist die Dummheit der Frauen. Wir müssen also jetzt, nach der Verjagung der Hexe, unsere Frauen- und Mädchenbrigaden zusammenschweißen und sie auf die Bauernweiber im Dorf loslassen, damit sie nicht Zeit haben, zur Besinnung zu kommen, und damit die schwarzen Reaktionäre sich nicht erheben können. Als erste trete ich in die Frauenbrigade ein. Als zweite bitte ich die Schischkowa einzutreten; sie wird Wunder vollbringen.“

Ich erwartete, daß die Schischkowa aufstehen und sich ängstlich dagegen wehren werde, aber sie trat zur Bühne und klopfte mit dem Finger auf den Tisch.

„Ich danke euch, daß ihr mich nicht vergessen habt.“

Dann wendete sie sich zur Versammlung und sagte, sich tief verbeugend, mit singender Stimme:

„Frauen, liebel! Tragt euch ein in die Brigadel! Vollbringt diese große Heldentat für die unglücklichen Dorfweiber! . . .“

Langsam und nachdenklich ging sie wieder zu ihrem Platz. Kaum war sie fortgegangen, als Luscha wie ein Täubchen angefallen kam.

„Alle gehen wir . . . alle! . . . Mit Liedern, mit Musik, in einem geschmückten Zug fahren wir hin. Wie ein Karneval überfluten wir sie. Mädels, liebe, tragt euch ein! . . .“

Diese Worte zerrissen den Damm. Als erste stürmten die Jungkommunisten zur Bühne. (Fortsetzung folgt.)



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Glascha sprang vom Sitz auf und rannte mit großen Schritten zur Bühne. In ihren Bewegungen und ihrem Aeußeren glich sie einem jungen Burschen.

„Gib mir das Wort, Tschuschkina,“ rief sie laut und energisch. „Genossen, wir quatschen hier Unsinn. Die Tschuschkina ließ hier eine blöde Schwätzerin ihr Herz ausschütten. Blödsinn! Wir müssen aber folgendes beschließen: Anissja taugt nicht für die Kommune. Ihre bäuerliche Natur hat sich nicht geändert, alle unsere Angelegenheiten waren ihr zuwider. Ich stelle an die Wjetrowa die Frage: Genossin Wjetrowa, du hast dich unseren Gesetzen nicht untergeordnet und hast allen zum Trotz gerade das Gegenteil getan. Warum?“

Schweigen. Die Wjetrowa saß, wie vor dem, starr und taub da.

„Gehen wir dann weiter, Genossin Wjetrowa.“

Jemand schrie mit unbeherrschter Wut: „Was ist sie für eine Genossin . . . eine faule Haut ist sie, aber keine Genossin.“

„Warte mal, brüll nicht. Ich stelle die Frage: Genossin, oder meintwegen Bürgerin Wjetrowa, was hastet du für ein Recht, in unser Lager zu kommen und ohne Erlaubnis Lebensmittel zu nehmen und sie den Dorf-witwen und dem Popen zu geben? Davon wissen nicht viele, ich weiß es aber.“

Wieder Schweigen und bedrückende Unruhe.

„Und jetzt kommt noch was Besseres. Die Wjetrowa geht immer wieder ins Dorf und hat dort ihre Verbindungen. Ich habe ihr nach-gespürt und alles aufgeschrieben; ich wollte

Betriebsrätewahlen 1933

Von J. Walcher

II. Kampf um die Gewerkschaftslisten

Im abgelaufenen Jahre haben Betriebsrätewahlen nur ausnahmsweise stattgefunden. Die Verordnung der Brüning-Regierung, wodurch die Tätigkeit der im Jahre 1931 auf ein Jahr gewählten Betriebsräte bis Anfang 1933 verlängert wurde, entsprach den Wünschen der Gewerkschaftsbürokratie, die zu jener Zeit, wo sie die Brüning'sche Lohntheorie offen tolerierte, ganz besondere Ursachen hatte, die empörten Massen an einer Abrechnung zu verhindern.

Aber auch wenn man von der besonderen Situation des Frühjahrs 1932 absieht, hat der Reformismus an und für sich Grund und Ursache genug, jeder Betriebsrätewahl mit Angst und Bangen entgegenzusehen. Es fragen sich ja die Reformisten gelegentlich selbst, wieso es ihnen noch immer beschieden ist, auf die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter maßgebenden Einfluß auszuüben. Allzu offenkundig ist in der Niedriggangsperiode des Kapitalismus der Bankrott des Reformismus sichtbar geworden. Wenn sich trotzdem der Reformismus noch immer relativ gut behauptete, so hat er dies den katastrophalen Dummheiten der KPD zu danken.

Nun hat sich zwar dieser Faktor bislang in der reformistischen Rechnung als ein sehr solider Posten erwiesen, aber in einer Periode, wo den Reformisten alle Felle davonschwimmen, kann man nie ganz sicher wissen, was bei der vielen Wählererei und bei der fortgesetzten politischen Beunruhigung herauskommt. Aus diesem Grunde haben sich die Vertreter des Bergarbeiterverbandes auf dem letzten Gewerkschaftskongreß dafür eingesetzt, daß die Betriebsrätewahlen nur noch alle drei Jahre stattfinden sollen. Diesem Verlangen hat der Frankfurter Gewerkschaftskongreß nicht in vollem Umfange stattgegeben, er hat aber beschlossen, sich dafür einzusetzen, daß die Amtsdauer der Betriebsräte von einem auf zwei Jahre verlängert wird. Es liegt kein Grund vor, der irgendeine bourgeoise Regierung veranlassen könnte, sich zu einem derartigen Verlangen der Gewerkschaftsbürokratie abweisend zu verhalten. Wir haben also praktisch damit zu rechnen, daß die in den nächsten Monaten zu wählenden Betriebsräte für die Dauer von zwei Jahren gewählt werden.

Für die revolutionären Arbeiter ist das ein Grund mehr, den Betriebsrätewahlen die gebührende Aufmerksamkeit zu schenken und dafür Sorge zu tragen, daß möglichst viel aufrechte, klarblickende revolutionäre Arbeiter zu Betriebsräten gewählt werden.

Es ist das Verhängnis der deutschen Arbeiterbewegung, daß der Reformismus, der unter den heutigen Verhältnissen mit der Macht der Arbeiterklasse nichts anzufangen weiß, noch immer ausschlaggebenden Einfluß auf die proletarischen Massenorganisationen, vor allem auf die Gewerkschaften, besitzt. Daraus resultiert die geradezu klägliche Ohnmacht der Gewerkschaften, die sich besonders auch in der Betriebsrätewahlbewegung auswirkt.

Man braucht sich nach solchen Feststellungen noch keineswegs unter jedem Reformisten einen Verräter und ein käufliches Subjekt vorstellen. Wäre heute nicht bei jeder Massenaktion zu gewärtigen, daß sie über die Grenzen des heutigen Staates hinausführt, d. h. daß sie einen revolutionären Charakter erhält, dann hätten auch die Reformisten keine Bedenken, bei Austragung der Klassengegensätze die Macht der Arbeiterklasse ins Spiel zu bringen und der Macht mit Macht zu begegnen. Diese — letzten Endes einzig wirksame — Methode zur Verfechtung der proletarischen Klasseninteressen kommt aber für die Reformisten nicht in Frage, weil die Einsetzung der proletarischen Macht gleichbedeutend ist mit dem Appell an die proletarischen Massen, mit der Massenmobilisierung, was zum mindesten die Möglichkeit revolutionärer Folgen in sich schließt. Darum verzichten die Reformisten getreu ihrer staats-erhaltenden Einstellung auf den Einsatz der in ihre Hände gegebenen Machtmittel. Ihnen bleibt somit nichts anderes übrig, als sich ganz und gar auf die Methode des Verhandels, der Denkschriften, Bittgänge und Briefe einzustellen.

Damit lassen sich aber die Kapitalisten nicht imponieren. Auf solche Weise sind nicht einmal die geringfügigen Konzessionen erreichbar, die unter entsprechenden Voraussetzungen auf kapitalistischer Grundlage allenfalls noch denkbar sind, ein für die Arbeiter-

schaft gangbarer Ausweg aus der Krise ist auf diese Weise nicht erreichbar. Das Weiterdauern der reformistischen Vorherrschaft muß sich je länger je mehr zum Schaden der Arbeiterschaft und speziell auch der Gewerkschaften auswirken.

Unsere Aufgabe ist es, die bevorstehenden Betriebsrätewahlen zu einer wirksamen Bekämpfung des Reformismus und zur Stärkung des revolutionären Einflusses in der Arbeiterbewegung auszunutzen.

Unerbittliche Erfahrungen lehren uns, daß der Versuch, die „revolutionäre Betriebsrätewahlbewegung“ der „kontingenten Gewerkschaftsbewegung“ gegenüberzustellen, nur zur Zerrüttung der Arbeiterbewegung und zur Stärkung der Position der Reformisten führt. Betriebsräte, die keinen Rückhalt in den Gewerkschaften haben, hängen in der Luft. Der gewerkschaftliche Hebel ist von entscheidender Bedeutung. Darum ist es so falsch und kurzichtig, wenn die KPD um fragwürdiger „roter Betriebsratsmandate“ willen ihre letzten freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder und Funktionäre opfert. Man kann nur hoffen und wünschen, daß möglichst viele KPD-Mitglieder die selbstmörderische Taktik ihrer Führer ablehnen und sich bereit erklären, ihre Anstrengungen mit der gesamten freigewerkschaftlichen Opposition zu vereinigen, um die freigewerkschaftlichen Listen mit rückgräftesten, revolutionären Kandidaten zu besetzen.

In programmatischer Hinsicht kann eine Verständigung nicht schwer fallen. Jeder klassenbewußte Arbeiter dürfte es als selbstverständlich betrachten, daß die Betriebsratswahl ausgenutzt werden muß, um die Arbeitermassen von der Notwendigkeit des geschlossenen Kampfes für folgende Forderungen zu überzeugen:

1. Gegen Schleicher-Diktatur und Notverordnung.
2. Gegen jeden weiteren Lohnraub, für Erhöhung der Löhne.
3. Für Rückgängigmachung der Verschlechterungen in allen Zweigen der Sozialpolitik.
4. Für ein proletarisches Arbeitsbeschaffungsprogramm.
5. Für die Arbeiterkontrolle der Produktion.
6. Für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte.
7. Für den Einsatz der gewerkschaftlichen Macht im politischen Kampf.

8. Für die Bildung überparteilicher proletarischer Kampforgane.
9. Für den geschlossenen Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus.
10. Für den sozialistischen Ausweg aus der Krise.

Die freigewerkschaftliche Kandidatenaufstellung

Es ist gut und nützlich, wenn sich unsere Genossen allorts gegen Sonderlisten und für den Kampf um die entsprechende Besetzung der freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten einsetzen. Doch hat auch das noch oft Schwierigkeiten. Häufig ist die reformistische Seite nicht geneigt, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten die Opposition entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen, so daß es nicht selten zu ernstlichen Konflikten kommt. In diesem Zusammenhange ist es nützlich, an die Aeußerungen zu erinnern, die Robert Dillmann auf dem DMV-Verbandstag in Kassel 1924 im Auftrag des Vorstandes zu dieser Frage gemacht hat. Dillmann hat einen Weg gewiesen, der bei einigem gutem Willen in zahlreichen Fällen zu einer Verständigung bei der Kandidatenaufstellung führen kann. Dillmann führte aus:

„Die Wahl der Betriebsräte muß seitens der freigewerkschaftlich organisierten Mitglieder einheitlich und geschlossen erfolgen. Für die freien Gewerkschaften kann nur eine Kandidatenliste in Frage kommen. Bei der Aufstellung dieser einheitlichen Kandidatenliste sind in einzelnen Betrieben die von den Kollegen der verschiedenen Strömungen und Gruppen gemachten Vorschläge bei der Aufstellung der Kandidatenliste zu berücksichtigen. Kommt eine Verständigung unter den Kollegen nicht zustande, so ist rechtzeitig die zuständige Ortsverwaltung anzurufen, damit letztere vermittelnd eingreift, um eine Einigung unter den Kollegen herbeizuführen. Scheitert auch dieser Versuch, dann muß über die von den einzelnen Strömungen oder Gruppen gemachten Kandidatenvorschläge eine Vorabstimmung unter den frei organisierten Gewerkschaftsmitgliedern erfolgen, um dann entsprechend den für die einzelnen Vorschläge abgegebenen Stimmen die Kandidatenliste aus den Vorschlägen der verschiedenen Gruppen oder Strömungen zusammenzustellen.“

Wir empfehlen unseren Genossen, sich in geeigneten Fällen auf diese Aeußerung Dillmanns zu berufen und zu versuchen, in der von ihm aufgezeichneten Weise die Aufstellung der freigewerkschaftlichen Kandidatenlisten durchzuführen.

Opel voran!

Raffinierte Ausbeutungsmethoden des Deutsch-amerikanischen Kapitalismus

Rüsselsheim, 29. Dezember.

Wohl in keinem Betrieb ähnlicher Art in Deutschland ist die Rationalisierung in technischer und organisatorischer Hinsicht mit größerem Erfolg durchgeführt worden als bei der Opel AG.

der größten Auto- und Fahrradfabrik des Kontinents,

die sich seit zwei Jahren in Händen der amerikanischen General Motors Comp. befindet. Die Rationalisierung, rechnerische Wirtschaft mit dem Ziele, größtmöglichen Profit zu erzielen, ist hier aufs raffinierteste ausgebaut. Ein ausgeklügeltes Arbeitssystem, bei dem einer den anderen automatisch antreibt, steigert die individuelle Leistungsfähigkeit ins Unermeßliche. Da die Kapazität des Betriebs aber nur zu einem Bruchteil ausgenutzt werden kann, waren Entlassungen und Kurzarbeit für die Arbeiter die Folge. Neben direkten Lohnsenkungen mußten sich die Arbeiter auch noch eine in indirekter Hinsicht gefallenen lassen. Als Mittel bedient man sich hierzu das am 1. November 1930 abgeschlossene innerbetriebliche Lohnabkommen. Nach diesem sollten alle durchschnittlich befähigten Arbeiter, das ist die Mehrzahl, einen Ueberverdienst von 35 Prozent über ihre garantierten Einstell-Löhne erzielen. In der Praxis nahm dieses Abkommen ganz groteske Formen an. Trotz dem raffinierten Antreiber-system gibt es Gruppen, die noch niemals in den Genuß auch nur von 1 Prozent des im Abkommen vereinbarten Ueberverdienstes gekommen sind. Folglich erhalten diese Arbeiter nur ihre nackten Einstell-Löhne in Höhe von 50 bis 95 Pfg. und haben außerdem für ihre angebliche Minderleistung noch Schulden bei der Firma in Höhe von etlichen tausend Stunden pro Gruppe.

Wo kommen die Schulden her?

Es ist nachgewiesen, daß in fast allen Gruppen Arbeiten verrichtet werden, die nicht bezahlt werden. Daß weiterhin für die Festsetzung der Lohnhöhe nicht die Tüchtigkeit des einzelnen Arbeiters, sondern willkürlich von der „Standardabteilung“ festgesetzte Preise maßgebend sind, die mit der Praxis nicht in Einklang stehen. Wie sich die Firma für die angeblichen Schulden schadlos hält, bewies die Abrechnung nach der Inventur. Es wurde festgestellt, daß die Firma den Ueberverdienst erzielenden Gruppen nur den Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate ausbezahlt. Durch dieses Manöver hat die Firma diesen Gruppen

den Lohn von 12 000 (zwölftausend) Arbeitsstunden nicht ausbezahlt.

Die Arbeiter empfinden dieses System als einen großen Betrug. Der beste Beweis für die schlechte Entlohnung der kurzarbeitenden Kollegen ist die Tatsache, daß bei vielen das Monatseinkommen, einschließlich Kurzarbeiterunterstützung, die Sätze der gehobenen Fürsorge nicht erreicht. Selbst die Bürgermeisterei Rüsselsheim sah sich genötigt, diesen am Ort ansässigen Opel-Arbeitern eine kleine Winterbeihilfe zu gewähren.

Während so die Akkordarbeiter unter schlechter Entlohnung und einem raffinierten Ausbeutungssystem zu leiden haben, herrscht in den unproduktiven Abteilungen (Werkzeugbau usw.) eine ungeheure Ueberstunden- und Sonntagsarbeit-Mißwirtschaft. Zehn bis fünfzehn Stunden pro Tag sind keine Seltenheit. In einer Abteilung hat man eine Anzahl Arbeiter für ungefähr vier Wochen eingestellt, in der letzten Dezemberhälfte wieder entlassen. Die übrigen machen weiter Ueberstunden und arbeiten Sonntags.

Wo bleiben hier die Aufsichtsbehörden?

Diese „famosen“ Einrichtungen erscheinen wieder auf der Bildfläche, wenn diese Mißwirtschaft ihr natürliches Ende gefunden hat. Der Betriebsrat, von dem fünf Mitglieder freigestellt sind, steht all diesen Dingen passiv gegenüber. Seine Tätigkeit scheint sich in der Erledigung von Reklamationen betreffs Kurzarbeiterunterstützung zu erschöpfen. Viele Vorkommnisse deuten darauf, daß die Direktion versucht, ihm mit Absicht bei der Arbeiterschaft in Mißkredit zu bringen. Bei der Arbeiterschaft macht sich eine ungeheure soziale Niedergeschlagenheit und ein Ohnmachtsgefühl gegenüber den blinden Kräften dieses deutsch-amerikanischen Kapitalismus breit, der sie täglich und stündlich demütigt und sie in ihrer Menschenwürde verletzt.

Bedingt durch das Hetztempo und die unbeständige Arbeitszeit sind die Arbeiter einer

erhöhten Unfallgefahr

ausgesetzt. Allein im Monat Dezember ereigneten sich neben mehreren kleineren drei schwere Unfälle. Dem einen wurde von einer Schleifscheibe der eine Unterarm abgeschlagen, der zweite geriet in die Fräsmaschine und erlitt schwere Rippenquetschungen, der letzte verbrühte sich in einem Säurebad beide Beine. Ein ähnlicher Unglücksfall ereignete sich vor einem Jahre auch an einem Säurebad, der den Tod des Betroffenen zur Folge hatte. Tempof Tempof!

Wie sind nun die Gegenkräfte der Arbeiterschaft?

Die werden teilweise durch Stahlhauer und Nazis, durch Gönner auf den Büros systematisch zersetzt. Der freigewerkschaftlich organisierte Teil ist trotz aller Fehler der Führung der stärkste Faktor. Die Kraft der Arbeiter wurde aber durch die verfehlte Politik des Wirtschaftsfriedens und Nachgebens seitens der Führung nicht ausgenutzt. Im Gegenteil, die Arbeiterschaft wurde systematisch dem Klassenkampf entfremdet. Hinzu kommt noch, daß in der Nachkriegszeit viele Betriebsräte und sonstige Funktionäre zu Kalkulatoren, Meistern, Kantinenwirts usw. gemacht wurden, was nicht zur Erhöhung des Vertrauens zu den freigewerkschaftlichen Organisationen beigetragen hat. Ein Geschichtsschreiber fände gerade bei Opel einen dankbaren Beitrag zur Soziologie reformistischer Funktionäre.

Auf der anderen Seite feierte syndikalistisches Ultralinkertum wahre Orgien, die ihren Höhepunkt beim bekannten Opel-Putsch fanden. Der Erfolg war, ohne der Arbeiterschaft zu nutzen, daß die besten Elemente der KPD auf die Straße flogen und der Einfluß der RGO gleich Null ist.

Notwendig ist für die Opel-Belegschaft, daß das Vertrauen zur Organisation in erhöhtem Maße wieder hergestellt wird. Dabei müssen sich die verantwortlichen Leitungen bewußt sein, daß zur Eringung dieses Vertrauens und darüber hinaus zur Gewinnung der Unorganisierten andere Methoden gegenüber der Direktion als seither angewandt werden müssen. Was interne Angelegenheiten betrifft, haben gerade die oppositionellen Kollegen des Betriebs in der letzten Zeit auf manche Mängel innerhalb der Organisation hingewiesen und werden es auch in Zukunft weiter tun trotz aller reformistischen Mätzchen. (Wie in der letzten Betriebsversammlung, wo der Betriebsratsobmann unter Duldung des zuständigen Verbandssekretärs und des anwesenden Kollegen vom DMV-Hauptvorstand mit brutalen Methoden die Opposition mundtot machen wollte.)

Es gilt bei Opel alle zu einer positiven, revolutionären Gewerkschaftsarbeit gewillten Elemente zu sammeln und eine starke Opposition aufzubauen.

Um die 40-Stunden-Woche

Genf, 3. Januar.

Der Bericht des Internationalen Arbeitsamtes an die am 10. Januar zusammentretende Konferenz behandelt auch die gegenwärtige wirkliche Arbeitszeit, um zu veranschaulichen, in welchem Maße eine Herabsetzung der Arbeitszeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen könnte. Es fehlen allerdings genaue statistische Angaben. Trotzdem konnte das Internationale Arbeitsamt interessante Vergleichsziffern herausarbeiten. Aus den Untersuchungen über Deutschland, Dänemark, Estland, die Vereinigten Staaten, Frankreich, England, Italien, Polen und Schweden ergibt sich, daß in diesen Staaten vielleicht mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, mindestens die Hälfte der von der Statistik erfaßten Arbeiterschaft mehr als nur 40 Stunden pro Woche arbeitet. Auf Grund seiner Statistik kommt das Internationale Arbeitsamt zu dem Schluß, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche theoretisch eine sofortige Erhöhung der beschäftigten Arbeiter um mindestens 10% zur Folge haben würde.

Ganz abgesehen davon, daß sich die Untersuchungen Vorschläge usw. des IAA für die Durchsetzung von bestimmter Maßnahmen in der Praxis als völlig wertlos erwiesen haben, geht das IAA auf die für die Arbeiter wichtigste Frage des Lohnausgleichs herum, wie die Katze um den heißen Brei. Ohne Lohnausgleich ist aber heute für große Teile der Arbeiterschaft die Arbeitszeitverkürzung unannehmbar.

Konkurse im Jahre 1932

Das vorläufige Gesamtergebnis für 1932 beträgt für die Konkurse nach den Zählkarten der Amtsgerichte 13 966 (die mangels Masse abgelehnten Konkurse für Dezember 1932 sind geschätzt — 1931: 19 254), für die Vergleichsverfahren 6185 (1931: 8628). Die Zahl der Konkurse hat demnach gegenüber dem Jahre 1931 um 27,5 v. H., die Zahl der Vergleichsverfahren um 28,3 v. H. abgenommen.



Jeden Donnerstag

DIE ENTE

Preis 10 Pfennig

DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:

Roda Roda, Erich Weinert, Peter Scher, Erich Kästner, Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberlandstraße 7

Für die Ortsgruppen des Bezirks Westfalen-Süd

Wir verweisen nochmals auf den Helferkursus der SAK, der am 6. Januar in Bochum im SJV-Heim stattfindet. Alle Gruppen werden gebeten, Delegierte zu entsenden. Bei der Delegation sind Genossinnen oder Genossen, die sich für die Aufgaben der SAK interessieren, zu berücksichtigen. Dort wo Kindergruppen bestehen, kommen als Delegierte nur die Genossen in Frage, die als Helfer tätig sind. Die Gruppen Marten, Witten und Dahlhausen werden besonders gebeten, an dem Kursus teilzunehmen.

Diese Einladung gilt auch für die Genossen des SJV, die sich für die Arbeiten der SAK zur Verfügung stellen. Die Helferbesprechung beginnt um 10 Uhr, seid pünktlich.